

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Dezember 2006

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

EU-Militarisierung

Tobias Pflüger/Martin Hantke

Militarisierung durch deutsche EU-Ratspräsidentschaft 3

Christoph Marischka

EU gewinnt Wahlen in der DR Congo 5

Christoph Marischka

Das EU-Migrationsregime als Laboratorium
der Entrechtung 7

Tobias Pflüger

Deutsche Kriegs(vorbereitungs)politik 13

Rüstungsexporte

Johannes Plotzki

Deutsche Waffen gegen streikende Lehrer in Mexiko? 14

Claudia Haydt

Keine Einbahnstraße: Kontinuitäten
deutsch-israelischer Rüstungskooperation 17

US-Kriegspolitik

Jürgen Wagner

Nordkorea und die US-Ziele in Ostasien 19

Dirk Eckert

Wenn Maßstäbe verloren gehen - Wie Soldaten
durch den Krieg verrohen 25

Bericht vom IMI-Kongress 26

antimilitaristische Rundschau 28

Editorial:

Die letzten acht Wochen konzentrierte sich die Arbeit der IMI vor allem auf zwei eng miteinander verbundene Aspekte. Einmal natürlich die Vor- und Nachbereitung sowie die Durchführung unseres jährlichen Kongresses, vom 17.-19. November, der erfreulich gut besucht war. Inhaltlich wurde fest- und dargestellt, wie die ganze Welt und auch die so genannten „westlichen Demokratien“ in einen permanenten Kriegs- und Ausnahmezustand ableiten, mit allem was dazugehört: Abbau der Menschenrechte und der Mitbestimmung, Paramilitarisierung, verstärkter Einsatz von Geheimdiensten und Militär auch im Inneren (siehe auch den Bericht in dieser Aus-

gabe). Um dem entgegenzutreten, so wurde auf der offenen Abschlussdiskussion klar, müssen wir in Deutschland die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze einfordern.

Dies führt zum zweiten Schwerpunkt der letzten Wochen, der Vorbereitung einer Kampagne zur sofortigen Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze der Bundeswehr. Schon im Vorfeld der Bundestagsabstimmung über die Verlängerung des ISAF-Mandates in Afghanistan am 10. November, unterstützte die Informationsstelle Militarisierung eine von der DFG-VK Baden Württemberg angeregte Mailaktion, die auf die Beendigung dieses Einsatzes abzielte

und überaus erfolgreich verlief: Über 1.000 Menschen beteiligten sich in kürzester Zeit mit mehr als 3.000 mails. Am 1. Dezember wurde nun die Kampagne „Holt die Soldaten zurück!“ gestartet, die generell auf die Beendigung dieser Kriegseinsätze drängt (siehe beigelegte Unterschriftenliste).

Zum Abschluss noch aufgrund verschiedener Nachfragen kurz der Hinweis, dass wir in den kommenden Wochen eine Dokumentation des Kongresses veröffentlichen werden, einige Beiträge stehen bereits jetzt als Audio-Aufnahmen zur Verfügung.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Pflüger/Hantke, Militarisierung der EU, gekürzt in Telepolis, 7.11.2006; Δ Marischka, Congo, Vorversion in Telepolis, 18.10.2006; Δ Marischka, Migration, in DA, Nr. 178, Nov. 2006; Δ Haydt, Eisenbahnstraße, in AK, 20.10.2006; Δ Eckert,

Maßstäbe, in Streitkräfte und Strategie, 23.9.2006; Δ Pflüger, Kriegsvorbereitung, in UZ, 6.11.2006.

Bildnachweise: S. 4, Rat der Europäischen Union; S. 6, Riot Minis, bearbeitet; S. 8, EUFOR RD; S. 10-11, Marischka; S. 13, Bundeswehr.de; S. 18, Wikipedia; S. 20, S. 27, IMI; S. 22, Stat Department, Mr. Yu; S. 24, www.aguayodefense.org.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner und Christoph Marischka sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Johannes Plotzki, Dirk Eckert und Martin Hantke sind IMI-Beiräte.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Militarisierung der EU

Das Programm der im Januar 2007 beginnenden deutschen Ratspräsidentschaft zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tobias Pflüger / Martin Hantke

Nach der finnischen Ratspräsidentschaft¹ wird Deutschland² am 1. Januar 2007 für ein halbes Jahr den Ratsvorsitz übernehmen. Danach folgen bis Dezember 2008 weiter im halbjährlichen Turnus Portugal, Slowenien und Frankreich. Für die Funktionsweise der Europäischen Union ist die Ratspräsidentschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Vorsitz des Rates spielt eine wesentliche Rolle bei der Organisation der Arbeiten der Institution des Rates³, insbesondere als Impulsgeber im legislativen und politischen Entscheidungsprozess. Ihm obliegt die Einberufung, Vorbereitung und Leitung aller Sitzungen; er führt auch den Vorsitz in den zahlreichen Arbeitsgruppen und arbeitet Kompromisse aus. Das heißt: Ab Januar 2007 wird die Bundesregierung wesentlich über die Agenda der Europäischen Union bestimmen. Das ist auch für die Außen- und Militärpolitik mit entscheidend, denn der Rat legt die Grundsätze⁴ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)⁵ fest und setzt diese um. Der Rat selbst besteht neben dem Ratssekretariat aus den Ministern der Mitgliedstaaten, die im Rahmen des Rates der Europäischen Union tagen. Je nach den Themenbereichen, die auf der Tagesordnung stehen, ist jedes Land mit seinen zuständigen Fachministern vertreten (Auswärtige Angelegenheiten, Justiz und Inneres, Finanzen, Soziales, Verkehr, Landwirtschaft usw.)

Rückblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 1999: Schwerpunkt Militarisierung

Mit Fug und Recht kann man die letzte deutsche Ratspräsidentschaft 1999 als Militarisierungspräsidentschaft bezeichnen, als da von der rot-grünen Bundesregierung die wesentlichen Projekte der EU-Militarisierung, wie die Aufstellung von EU-Interventionstruppen, aufs Gleis gesetzt wurden. Mit der „Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der GASP“ von Köln im Juni 1999⁶ wurde der Aufbau einer operativen und eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)⁷ als integraler Bestandteil der GASP eingeleitet. Ziel war es, der EU in Bezug auf internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung Handlungsfähigkeit zu

verleihen. Vor allem sollte ein autonomes militärisches Eingreifen bei internationalen Krisen ermöglicht werden, allerdings eingeschränkt nur „in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist“, um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden. Also nur wo die NATO auf ihr Erstzugriffsrecht verzichtet, kann die EU selbstständig militärisch intervenieren. Alles weist darauf hin, dass die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 die Militarisierung der EU nun ebenso vorantreiben wird.

Fortführung von Militarisierungsprojekten

Zum einen ist zu erwarten, dass die Bundesregierung Militarisierungsprojekte der finnischen Ratspräsidentschaft, wie die bestehenden ESVP-Militäroperationen⁸, fortsetzt. Auch steht zu erwarten, dass die Arbeit am Ausbau der militärischen Mittel und Fähigkeiten während der deutschen Präsidentschaft fortgesetzt wird.

Die Grundlage für die Arbeit an der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten wird durch das Planziel 2010 (Headline Goal 2010⁹), das am 17. Juni 2004 vom Rat verabschiedet wurde, vorgegeben. Im ersten Halbjahr 2007 sollen insbesondere die Luftlandkapazitäten vervollständigt und Landkapazitäten aufgebaut werden, um den EU-Battle-Groups, von denen nach Auskunft des finnischen Ratsvorsitzes im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments bis 2010 insgesamt 19 mit nahezu 40.000 Soldaten in Dienst gestellt werden sollen, bessere globale Militärinterventionsfähigkeiten zu ermöglichen. Dies erfolgt zusätzlich zu der im Jahr 2000 auf freiwilliger Basis erfolgten Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu einzelstaatlichen Beiträgen. Auf der Helsinki-Beitragskonferenz wurde die erforderliche Anzahl von Truppen von den Mitgliedstaaten zugesagt (100.000 Soldaten, 400 Luftfahrzeuge, 100 Schiffe) und im so genannten Helsinki-Streitkräfte-Katalog (Helsinki Force Catalogue) aufgelistet. Zusätzlich zu den rein militärischen Kapazitätsaufbauzielen formulierte der Europäische Rat bereits im Dezember 2004 als neues zivil-militärisches Planziel das Civilian Headline Goal 2008.¹⁰ Damit soll das rein militärische Aufgabenspektrum durch ein zivil-militä-

risches der ESVP ergänzt werden. Hierzu sollen die Fähigkeit zum Monitoring von Krisen und die fachliche Unterstützung der Sonderbeauftragten der EU gehören. Dazu kommen die Bereiche wie die so genannte Reform des Sicherheitssektors, hinter der sich oft die Restrukturierung verbündeter Armeen verbirgt. Im Kern geht es aber um eine Verbesserung der Fähigkeiten, erfolgreiche Besatzungsregimes zu etablieren.

Als Lehre aus den Fehlern der „zu“ militärischen Irak- und Afghanistan-Besatzung, sollen zivil-militärischer Kapazitäten aufgebaut und eingesetzt werden. Dazu wurden Anforderungen an Personal und Ausrüstung der Mitgliedstaaten formuliert, um eine zukünftig engere Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem militärischen Bereich sowie die Beschleunigung der Reaktionszeiten zu gewährleisten. So wurde bereits 2005, um die Entsendegeschwindigkeit zu erhöhen, beschlossen, so genannte Civilian Response Teams aufzustellen. Sie sollen ähnlich kurzfristig wie die schnell verlegbaren Polizeigruppen (Rapid Deployable Police Elements) zum Einsatz kommen.

Außerhalb des Rahmens der Europäischen Sicherheit- und Verteidigungspolitik kann die EU zudem auf die paramilitärische European Gendarmerie Force, gebildet von Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland, zurückgreifen, um eine mögliche EU-Besatzungspolitik nicht nur zivil-militärisch zu begleiten, sondern um auch Kapazitäten zur Niederschlagung möglicher Widerstände bereitzustellen. Auch hier steht zu erwarten, dass diese Art der heimlichen Aufrüstung für die deutsche Ratspräsidentschaft hohe Priorität genießen wird, um das Projekt 2008 zum Abschluss bringen zu können.

Arbeitspapier zur Militarisierung

In einem Arbeitspapier vom 18. Oktober 2006 für ein „18-monatiges Programm der deutschen, portugiesischen und slowenischen Ratspräsidentschaft“, das von der deutschen Bundesregierung mitverfasst wurde, wird der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages, wie auch der Fortentwicklung der Europäischen Militärpolitik hohe Priorität eingeräumt. Noch während der deutschen Ratspräsidentschaft soll dem europäischen Rat ein Bericht vorgelegt werden, um die weitere Entwicklung auszuloten. Auf dieser Basis soll dann der EU-Verfassungsvertrag weiter befördert werden, um spätestens im zweiten Halbjahr 2008 zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Um das außenpolitische Gewicht der EU zu erhöhen soll im Rahmen der Entwicklung der Europäische Sicherheits- und



Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Aufstellung von EU-Battlegroups zwischen Deutschland, Lettland, Litauen, Polen und der Slowakei

Verteidigungspolitik am Aufbau der „militärischen und zivilen Kapazitäten und einer effektiven zivil-militärischen Koordination“ weitergearbeitet werden. In der Folge wird aufgelistet, was alles konkret geplant ist. Die Grundlage dabei soll die Europäische Sicherheitsstrategie bilden. Besondere Betonung findet im Arbeitspapier die „Entwicklung einer strategischen Partnerschaft zwischen EU und NATO“ und die „Stärkung der Kooperation mit Schlüsselpartnern“. Hier wird insbesondere auf die USA verwiesen.

- Insbesondere das Battle-Group-Konzept sollen die drei Ratspräsidentschaften umsetzen, im Hinblick auf die weitere gemeinsame Entwicklung der „Rapid Response Capabilities“ und einer Neugewichtung des „EU Military Rapid Response Concepts“ (EU MRRC). Besondere Erwähnung in diesem Zusammenhang finden erneut die angestrebte Umsetzung des „Headline Goals 2010“ und des „Civilian Headline Goals 2008“.
- Zusätzlich soll eine „effektive Koordination der militärischen und zivilen Planungen und Kommandostrukturen“ gewährleistet werden, insbesondere auf einen „verbesserten Gebrauch der Civ-Mil Cell“, des Nukleus eines EU-Generalstabs für Militärinterventionen. Um deren Arbeit zu optimieren sollen gemeinsame Manöver mit der NATO durchgeführt werden (CME-CMX). Dabei sollen auch zivile Planer für Missionen innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschult werden.
- Die Counter-Terrorismus-Strategie soll zu einem hervorgehobenen Teil der Gemein-

samen Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden, dabei soll insbesondere auf die „Kooperation mit der UN und der NATO“ Wert gelegt werden.

Zusammenfassend sticht auch die quantitative Gewichtung unterschiedlicher Politiken in diesem Arbeitspapier ins Auge. Während der EU-Menschenrechtspolitik gerade einmal zwei Sätze gewidmet sind, wird der Ausbau der ESVP auf drei Seiten des Papiers ausführlich dargelegt. Das Ziel eines militärisch global agierenden Akteurs EU soll für die drei Ratspräsidentschaften oberste Priorität haben. EU-Militärpolitik soll von den Zielen bis zur institutionellen Umsetzung eng mit NATO-Sicherheitskonzepten und US-Außenpolitik verbunden werden.

Absoluten Vorrang für die deutsche Bundesregierung genießt die Durchsetzung des EU-Verfassungsvertrags auch in punkto Außen- und Sicherheitspolitik. Außenminister Walter Steinmeier lässt sich dazu in der Bild-Zeitung mit den Worten zitieren:

„Wir sind überzeugt: Die Verfassung macht Europa transparenter, greifbarer und auch schlagkräftiger.“ Deshalb soll die deutsche Ratspräsidentschaft einen Fahrplan erarbeiten, wie sich der EU-Verfassungsvertrag dann am geschicktesten in den einzelnen Mitgliedstaaten ratifizieren lassen wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel betont, dass es der Bundesregierung darum gehe, dies noch „vor der nächsten Europawahl“ 2009 über die Bühne zu bringen. Dazu ist auch geplant, sich mit den beiden folgenden Präsidentschaften eng abzustimmen.

Was den Inhalt des Vertrages angeht, gibt es bei der Bundesregierung keine Einsicht

geschweige denn Umkehr. Weder der anhaltend hohe Prozentsatz der eigenen Bevölkerung, der den neuen EU-Vertrag ablehnt, noch die Mehrheiten in Frankreich und den Niederlanden gegen den EU-Verfassungsvertrag bei den Referenden im Frühjahr 2005 haben etwas an dieser Einstellung geändert. Die Devise heißt einfach „Weiter So“. Im Grunde soll so lange abgestimmt werden, bis das Ergebnis stimmt. Daneben wird eine Strategie verfolgt, die die Bestimmungen des EU-Verfassungsvertrags als Blaupause für die forcierte Militarisierung der EU nimmt.

Beispiel 1: Europäische Rüstungsagentur.¹¹ Sie arbeitet schon seit 2004 und soll laut EU-Verfassungsvertrag, darauf achten, dass die Mitgliedstaaten ihre militärischen Fähigkeiten ständig verbessern.

Beispiel 2: EU-Battle-Groups. Sie sollen am 1.1.2007 in Dienst gestellt werden. Ihre Aufstellung war bereits im Protokoll „strukturierte Zusammenarbeit“ des EU-Verfassungsvertrags fixiert worden.

Beispiel 3: Militariserte Weltraumforschung und die Rüstungs- und Sicherheitsforschung. Sie wird in der Geschichte der EU zum ersten Mal im EU-Verfassungsvertrag benannt. Bereits jetzt wird sie aber schon im 7. Rahmenforschungsprogramm mit 1,6 Milliarden Euro bedacht.

Der Beitrag des Europäischen Parlaments zur Spezifizierung der Militäragenda

Einen originären Beitrag zur Agenda der Deutschen Ratspräsidentschaft leistet die erdrückende Mehrheit des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung¹² des Europäischen Parlaments. Sein Vorsitzender, der CDU-Abgeordnete Karl von Wogau, erklärte die militärische Sicherung des Energiezugangs zum Kernbereich der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ihre Aufgabe bestünde in der Sicherung des „freien Flusses von Zuliefergütern für die Industrie und für individuelle Konsumenten und von Brennstoffen im Besonderen, dies betreffe besonders die Sicherheit von Schiffen, Flügen und Pipelines“.

Im bisherigen Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft ist schon jetzt vorgesehen, Energiesicherheit und Energieaußenpolitik zu ihrer Durchsetzung als weitere Priorität zu etablieren. Offensichtlich wird hierbei auch über eine militärische Komponente zur Sicherung von Energierohstoffen nachgedacht. Dazu kommen weitere Vorstöße, einen gut funktionierenden EU-Rüstungsmarkt zu schaffen. Auch hier sieht die Bundesregierung industriepolitischen Handlungsbedarf und wird sich aus den

Vorarbeiten des Europäischen Parlaments bedienen können. Dienlich dabei dürfte sein, dass der heutige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, der für EU-Politik zuständig ist, Joachim Würmeling, zu seiner Zeit als Europaabgeordneter Berichterstatter für die Schaffung eines EU-Rüstungsmarkts war.

Deutsch-Französische Militäragenda

Auf dem Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat¹³, der am 12. Oktober in Paris stattfand, wurden in der Erklärung von Paris¹⁴ die wesentlichen Eckpunkte der Militäragenda für die deutsche Ratspräsidentschaft gemeinsam mit Frankreich abgestimmt. Bekannt gegeben wurde, dass Deutschland und Frankreich sich über zentrale Themen der europäischen Militärpolitik und der NATO verständigt hätten. Zentraler Punkt des Treffens war, die EU-Militarisierung voranzutreiben. So heißt es in der Erklärung:

„Im Hinblick auf die deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007 bekräftigen Deutschland und Frankreich ihre Entschlossenheit, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiterzuentwickeln. Die Lösung der Statusfrage vorausgesetzt, wird der erfolgreiche Aufbau der ESVP-Rechtsstaatsmission im Kosovo die zentrale Aufgabe der deutschen Präsidentschaft sein. Unsere beiden Länder werden sich bei der praktischen Umsetzung der neuen zivilen und militärischen Instrumente der Union zur Krisenbewältigung eng abstimmen. Besonderes Augenmerk wird auf das Erreichen der vollen Einsatzbereitschaft des Operationszentrums der Europäischen Union Anfang 2007 liegen. Mit diesem Zentrum wird es möglich sein, vom nächsten Jahr an Operationen bis vom Umfang der Operation ‚Artemis‘ zu planen und zu führen. Darüber hinaus werden 2007 die Gefechtsverbände zur schnellen Krisenreaktion der Europäischen Union (Battle Groups) in vollem Umfang einsatzfähig sein. Deutschland und Frankreich werden den Kern von zwei der vier 2007 in Bereitschaft stehenden Gefechtsverbände stellen.“

Neben Lob für die „erfolgreichen“ militärischen Engagements im Libanon, Kongo und in Afghanistan, bekräftigt die Erklärung den unbedingten Willen im Sudan militärisch intervenieren:

„Unsere beiden Länder ersuchen die sudanesishe Regierung, ihr Einverständnis zur Implementierung der Mission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) in der Region Darfur zu geben, um gemäß der Resolution 1706 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die Umsetzung des

Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union

Jahr	Erstes Halbjahr	Zweites Halbjahr
2000	Portugal (Jaime Gama)	Frankreich (Hubert Védrine)
2001	Schweden (Anna Lindh)	Belgien (Louis Michel)
2002	Spanien (Josep Piqué i Camps)	Dänemark (Per Stig Møller)
2003	Griechenland (Georgios Papandreou)	Italien (Franco Frattini)
2004	Irland (Brian Cowen)	Niederlande (Ben Bot)
2005	Luxemburg (Jean-Claude Juncker)	Vereinigtes Königreich (Jack Straw)
2006	Österreich (Ursula Plassnik)	Finnland (Matti Vanhanen)
2007	Deutschland	Portugal
2008	Slowenien	Frankreich
2009	Tschechien	Schweden
2010	Spanien	Belgien
2011	Ungarn	Polen
2012	Dänemark	Zypern
2013	Irland	Litauen
2014	Griechenland	Italien

Darfur-Friedensvertrags zu unterstützen.“

Dort sollen Presseberichten zufolge auch die ersten EU-Battle-Groups in enger Kooperation mit der NATO eingesetzt werden.

Zudem wird erneut betont, dass die Schaffung eines Europäischen Lufttransportkommandos oberste Priorität hat. „Die Ausbildung des Personals und das Training der Besatzungen sollen im Verbund stattfinden. Synergien bei der technisch-logistischen Unterstützung lassen Ersparnisse von beträchtlichem Umfang erwarten“, heißt es in der Erklärung. Darüber hinaus setzt man darauf, dass „die operative Zusammenarbeit im Europäischen Lufttransportkommando eine optimale Nutzung der nationalen Kapazitäten ermöglichen“ wird.

Bereits im April 2006 wurde eine Absichtserklärung zur Schaffung dieses Lufttransportkommandos unterzeichnet. Die ersten Kapazitäten sollen ab 2009 zur Verfügung stehen. Während der deutschen Ratspräsidentschaft steht zu erwarten, dass für diese Initiative, der sich Belgien bereits angeschlossen hat und die anderen europäischen Staaten offen steht, intensiv geworben werden wird. Die Aufgabe soll anschließend bis Dezember von der französischen Ratspräsidentschaft weiterbetrieben werden. Das Ziel ist klar: EU-Interventionstruppen sollen autonom weltweit eingesetzt werden können, wobei die enge Verzahnung mit der NATO Teil dieses Programms ist. So sitzen über die NATO-Abteilung bei der so genannten „Civ-Mil Cell“, die nichts anderes als einen Nukleus eines EU-Generalstabs darstellt, die USA immer mit am Tisch.

Fazit: Für die deutsche Ratspräsidentschaft hat die globale Kriegsführungsfähigkeit der EU große Priorität. Die Annahme und Ratifizierung der EU-Verfassung soll dies vertraglich absichern und befördern helfen.

Denn gerade das Problem der immensen Kosten des EU-Militarisierungsprogramms ist auf Grundlage des EU-Verfassungsvertrags, der einen eigenständigen EU-Militärhaushalt ermöglichen würde, wesentlich leichter zu schultern. Zu Erinnerung: Der geltende EU-Vertrag von Nizza verbietet einen eigenständigen EU-Militärhaushalt. Die bisherige Praxis der Umwidmung ziviler Haushaltstitel in militärische birgt zu viele politische Risiken.

Was könnte getan werden?

Zu diesem Kurs in Richtung künftiger Militäreinsätze und Kriege der Deutschen Ratspräsidentschaft gibt es eine Gegenagenda. Angefangen von der Durchsetzung des Leitbilds „Zivile Europäische Union“, nicht zu verwechseln mit dem Neusprech und der Rede von der Friedensmacht oder der Zivilmacht Europa, in die alle möglichen Militärinterventionskonzepte eingesenkt werden, bis hin zu konkreten Abrüstungsprojekten. Eine echte Abrüstungsinitiative, der sich die Bundesregierung annehmen könnte, wäre eine Initiative für ein atomwaffenfreies Europa.

Die Atomkräfte der Europäischen Union, Frankreich und Großbritannien modernisieren zur Zeit ihre Atomwaffenarsenale, statt die Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrags zur atomaren Abrüstung zu erfüllen. Deutschland hält, wie andere EU-Staaten auch, an der nuklearen Teilhabe fest und ebenso hält es weiterhin Kapazitäten zur industriellen Anreicherung waffenfähigen Urans vor (Garching, Gronau). Zusätzlich haben die USA etwa 480 Atomwaffen in der EU stationiert. In Strategiepapieren der Europäischen Union, wie dem „European Defence Paper“, finden sich Überlegungen Atomwaffen im Rahmen der ESVP einzusetzen. Um diesem Szenario zu begegnen, sollte die Bundesregierung die

Initiative für ein atomwaffenfreies Europa ergreifen. Alle Strategieplanungen zum Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der ESVP müssten dann eingestellt werden. Einseitige atomare Abrüstungsinitiativen von EU-Mitgliedstaaten als vertrauensbildende Maßnahmen müssten dann befördert werden. Deutschland müsste auf die nukleare Teilhabe und die Vorhaltung von Kapazitäten zur Anreicherung waffenfähigen Urans verzichten. Die Regierung der Vereinigten Staaten müsste aufgefordert werden, einen klaren und konkreten Zeitplan für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Europa bis Ende 2006 vorzulegen.

Notwendig wäre auch die Absage an alle Pläne für den Aufbau einer europäischen Armee, was offensichtlich eine zentrale Zukunftsidee der deutschen Ratspräsidentschaft sein soll, wie Rainer Arnold, „verteidigungspolitischer“ Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, in einem Interview in der Berliner Zeitung bestätigt: „Die Frage ist, ob wir nicht ständige Verbände in Einsatzbereitschaft brauchen,

deren Zusammensetzung gleich bleibt. Das könnte ein Thema sein für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.“ Inzwischen äußerten sich auch Angela Merkel und Kurt Beck in diese Richtung. Wohlgermerkt: Es geht um zusätzliche Kapazitäten zu den schon jetzt geplanten und ab 1.1.2007 teilweise verfügbaren Battle-Groups und den einzelstaatlichen Militärstrukturen der EU-Mitgliedsstaaten.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich derartige Abrüstungsinitiativen auf der Agenda der Bundesregierung wiederfinden werden. Wir schlagen deshalb vor zwei zentrale Kampagnen zur Militäragenda der Deutschen Ratspräsidentschaft zu führen. Zum einen eine Kampagne gegen die EU-Battle-Groups und ihre deutsche Kommandostruktur in Potsdam und Ulm sowie zum anderen eine Kampagne zum Rückzug der Bundeswehr- und EU-Truppen, angefangen mit dem Rückzug der Bundeswehr-Truppen aus Afghanistan.

Anmerkungen

¹ http://www.eu2006.fi/en_GB/

² <http://www.eu-praesidentschaft.de/>

³ http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1&mode=g&clang=en

⁴ http://www.bundestag.de/bic/analysen/2006/GASP_ESVP_und_ihre_Instrumente-Ein_Ueberblick_.pdf

⁵ http://ec.europa.eu/comm/external_relations/cfsp/intro/index.htm

⁶ http://europa.eu.int/council/off/conclu/june99/annexe_de.htm

⁷ <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=261&clang=de&mode=g/>

⁸ <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=268&clang=de>

⁹ <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/2010%20Headline%20Goal.pdf>

¹⁰ [http://www.intermin.fi/intermin/hankkeet/skh/home.nsf/files/Civilian%20Headline%20Goal%202008/\\$file/Civilian%20Headline%20Goal%202008.pdf](http://www.intermin.fi/intermin/hankkeet/skh/home.nsf/files/Civilian%20Headline%20Goal%202008/$file/Civilian%20Headline%20Goal%202008.pdf)

¹¹ <http://www.eda.eu.int/>

¹² http://www.europarl.europa.eu/committees/sede_home_en.htm

¹³ http://www.deutschland-und-frankreich.de/public/index.php?sess_id=SB2tcDK569iVNO4sd8jdxEO M7Oz3u G&id_article=706

¹⁴ http://www.deutschland-und-frankreich.de/public/index.php?sess_id=SB2tcDK569i VNO4sd 8jd xE 0M7Oz3uG&id_article=719

Kommando Spezialkräfte (KSK) muss aufgelöst werden!

Die Affäre um das Kommando Spezialkräfte (KSK) im Zusammenhang mit der Verschleppung von Murat Kurnaz zeigt einmal mehr, dass diese Truppe sofort aufgelöst werden muss. Als Fachmann, der das Kommando Spezialkräfte (KSK) seit seiner Gründung im Jahr 1996 intensiv begleitet, warne ich seit Jahren vor der Gefahr des Einsatzes dieser geheimen Elitetruppe der Exekutive. Seit meinem Einzug ins Europäische Parlament weise ich zudem auch am Beispiel des Kommandos Spezialkräfte (KSK) darauf hin, wie wichtig eine - auch auf EU-Ebene eben nicht vorhandene - parlamentarisch-politische Kontrolle von Militäreinsätzen ist.

Genau diese parlamentarisch-politische Kontrolle war auch Thema bei meinem Besuch des Kommando Spezialkräfte am 17. Juli diesen Jahres. KSK-Chef Brigadegeneral Rainer Hartbrod meinte damals, dass er nicht wisse, wie die parlamentarische Kontrolle genau ablaufe, er sich aber sicher sei, dass sie gesichert wäre. Brigadegeneral Hartbrod konnte oder wollte mir die Frage, was das KSK bei seinen Kampfeinsät-

zen mit Gefangenen macht, nicht schlüssig beantworten.

Dass Gefangene des KSK, wie behauptet, ausschließlich örtlichen Gerichtsbarkeiten oder Sicherheitsleuten übergeben würden, ist in Bezug z.B. auf Afghanistan wenig glaubwürdig und wäre angesichts der „rechtsstaatlichen“ Verhältnisse in Afghanistan schlimm genug gewesen. Durch den Fall Kurnaz wird jetzt allerdings eine ganz andere Dimension des KSK sichtbar:

Die Kooperation mit US-Truppen beim Foltern und Misshandeln von Gefangenen in Afghanistan.

Das Agieren des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan und im Zusammenhang mit der Entführung von Murat Kurnaz lässt nur einen Schluss zu: Das Kommando Spezialkräfte (KSK) muss sofort aufgelöst werden!

Tobias Pflüger



EU gewinnt Wahlen in der DR Congo

Christoph Marischka

Gibt es ein Bild, in dem die so genannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fassen ist, so das der EU-Botschafter, die von der Präsidialgarde ihres Verbündeten Joseph Kabila in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa beschossen werden, deshalb stundenlang im Keller des Hauptquartiers seines Rivalen Jean-Pierre Bembas ausharren müssen, bis sie schließlich von der eigenen EU-Truppe gerettet werden. Jetzt aber stellt sich heraus, dass alles noch grotesker ist, als bisher dargestellt. Denn nach Angaben der International Crisis Group wurden die Gefechte in Kinshasa Mitte August auch noch von kongolesischen Polizeieinheiten ausgelöst,¹ die von der EU trainiert und aus dem EU-Entwicklungsfonds ausgerüstet wurden.²

Am 21. August 2006, dem Tag nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Ersten Wahlgangs in der Demokratischen Republik Kongo, kamen die Soldaten der EUFOR das erste Mal in einer Gefechts-situation zum Einsatz, nachdem die Truppen Kabilas mit schwerem Gerät Bembas Residenz angriffen, in der sich gerade verschiedene Botschafter (darunter laut Angaben der FAZ auch der deutsche) und der Chef der UN-Truppe MONUC aufhielten. Nach einem mehr als sechsstündigen Gefecht gelang es den EUFOR-Soldaten mit Hilfe der MONUC die Botschafter zu evakuieren. Die Gefechte zwischen den Anhängern Kabilas und Bembas dauerten bis zum folgenden Tag an und forderten mindestens 23 - auch zivile - Todesopfer und 43 Verletzte.

Die Auseinandersetzungen im August

Die Kämpfe hatten etwa eine Stunde vor der Verkündung der Wahlergebnisse begonnen, nachdem Kabila-treue „Integrierte Polizeieinheiten“ (IPUs)³ einen TV-Sender Bembas umstellt hatten. Der einzige erklärte Grund war, dass durch den Sender Kabila persönlich angegriffen wurde und dass noch vor der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse zur Wahl Bembas bei der Stichwahl aufgerufen wurde. Dem Polizeieinsatz selbst ging kein offizieller Befehl voraus. Die obere Medienkommission, welche bei Aufrufen zur Gewalt Sender in dieser Art bedrohen oder schließen kann,

hatte bis dahin ebenfalls nicht reagiert. Auf den Aufmarsch Kabila-treuer Einheiten hinzogen auch Leibwächter Bembas, de facto eine Miliz, zum Rundfunkgebäude.

Gegen sechs Uhr abends fielen die ersten Schüsse, woraufhin die Polizeieinheiten prompt von Kabilas Präsidentengarde unterstützt wurden. Die Präsidialgarde ist die größte bewaffnete Einheit, die von UN und EU offiziell in der Hauptstadt geduldet wird. Bembas Soldaten wurden von Zivilisten unterstützt. Beide Seiten machten zahlreiche Gefangene. Die MONUC rückte aus, um den Präsidenten der Wahlkommission aus seinem nahe gelegenen Sitz zu einer anderen Rundfunkstation zu eskortieren, damit er dort die Wahlergebnisse verkünden konnte.

Im ersten Wahlgang erreichte Kabila etwa 45%, Bemba 18% der Stimmen, die Hochburgen Kabilas liegen in den Kriegsgebieten im Osten des riesigen Landes, während Bemba v.a. im Westen und der Hauptstadt Kinshasa Punkten konnte, wo Kabila eine sehr geringe Unterstützung von gerade 13% hat. Die Wahlbeteiligung war selbst unter den registrierten 25 Mio. Menschen mit knapp 18 Mio. eher gering, die größte Partei, die nicht aus einer Miliz hervorgegangen ist, die UDPS, rief zu deren Boykott auf, da ein faires Ergebnis unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei. Tatsächlich blieben alle zivilen Kandidaten chancenlos.

Die Gefechte in Kinshasa setzten sich bis zum 22. August fort, bis die Kontrahenten sich auf einen Waffenstillstand einigten und eine Entmilitarisierung Kinshasas ankündigten. Gegenwärtig ist aber das Gegenteil der Fall: Beide Seiten rüsten auf. Unter anderem sind 42 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie tonnenweise Munition in Kinshasa „verloren gegangen“, die unter den Augen der MONUC im Juli ins nahe gelegene Matadi geliefert wurden und für die integrierte Armee (FADRC) gedacht waren.

Sicherheitssektorreform

Im Vorfeld der Wahlen und des so genannten „Friedensprozesses“ konzentrierten sich UN und EU darauf, die Soldaten der zahlreichen Milizen in eine neue nationale

Armee zu integrieren und insbesondere in der Hauptstadt eine neue Polizei, eben bestehend aus IPUs aufzubauen. Beide sollten bis zu den Wahlen zunächst der Übergangsregierung, die aus den Führern der stärksten Milizen - darunter Bemba und Kabila - gebildet wurde und später der neuen Regierung, von der stets angenommen wurde, dass sie unter Kabila als Präsidenten gebildet würde, unterstehen. Diese Aufrüstung wird unter dem Begriff der „Sicherheitssektorreform“ als Intervention in so genannten scheiternden oder gescheiterten Staaten betrieben und von den Politikern der „internationalen Gemeinschaft“ immer häufiger als Entwicklungshilfe dargestellt.

Die EU unterstützte diesen Neuaufbau des Sicherheitsapparates der DRC von Außen durch zwei eigenständige ESVP-Missionen. EUPOL KINSHASA hatte zum Ziel, 1.000 Polizisten der IPUs in Kinshasa auszurüsten und zu trainieren. Nachdem im Juni 2005 Demonstrationen in der Hauptstadt niedergeschossen wurden, gab es den Vorwurf, diese wären an der Niederschlagung friedlichen Protests beteiligt gewesen. Eine Untersuchung zu den Vorkommnissen wurde bislang blockiert. Kurz nach EUPOL KINSHASA startete auch EUSEC DR Congo, eine vermeintlich zivile Operation, in deren Rahmen europäische Sicherheitsexperten dem Verteidigungsministerium und den Hauptquartieren der FARDC zur „Unterstützung“ beigestellt sind.

Sowohl integrierte Polizei als auch FARDC verhalten sich überwiegend loyal gegenüber Kabila. Es ist klar, dass viele Einheiten im Falle einer Wahlniederlage weiterhin für Kabila und nicht für die neue Regierung gekämpft hätten. Polizei wie Armee werden zwar gegenwärtig aufgerüstet, die Bezahlung, die über die Regierung laufen soll, kommt aber meist nicht an. Deshalb finanzieren sich viele Einheiten weiterhin so, wie es sich im Kongo mittlerweile eingebürgert hat: über Plünderungen und Gewaltdienstleistungen. Die Soldaten für die FARDC werden von der MONUC über so genannte Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen rekrutiert.

„Wählererziehung“

Im Vorfeld der Stichwahlen nahm die Gewalt in den rohstoffreichen Regionen im Osten der DRC wieder zu, während in Kinshasa die Bewaffnung verstärkt wurde. Beobachter gingen fast einhellig davon aus, dass die Situation mit der Stichwahl auch dort eskalieren würde: Insbesondere bei einem Wahlsieg Kabilas, hätte es Bemba nicht schwer, die Menschen für Proteste zu

gewinnen und die Wahlen als vom Ausland gesteuert darzustellen. Ein Wahlsieg Bemba wäre noch fataler gewesen. Der gegen den Willen der „internationalen Gemeinschaft“ gewählte Kandidat hätte einen gewaltigen vom Ausland aufgebauten Sicherheitsapparat gegen sich gehabt, der weiterhin Kabila unterstützt.

Die International Crisis Group (ICG), ein Think Tank mit hohem Einfluss auf politische Entscheidungen in der EU, bei dem inzwischen auch Joschka Fischer im Beirat sitzt, schlug kurz vor der Wahl deshalb in ihrem unmittelbar an die EU-Entscheidungsträger gerichteten Papier vor, sofort die EUFOR-Truppen in Kinshasa zu verstärken und außer der MONUC alle anderen bewaffneten Einheiten in ihre Kasernen zu verbannen. Dazu reichte ihre Stärke natürlich nicht annähernd aus, weshalb auf die offizielle Armee und die integrierte Polizei zurückgegriffen werden musste, die in Kinshasa mit Kabila sympathisieren. Die Stadt wurde vollkommen unter militärische Kontrolle gestellt, die Soldaten Bemba traten zunehmend in zivil auf und mischten sich unter die Bevölkerung.

Mehrfach wurden die EUFOR-Soldaten bislang von Menschenmengen mit Steinen attackiert, auch ihre Fahrzeuge wurden angegriffen und teilweise zerstört. Der Tod einer Kongolesin durch den Absturz eines unbemannten Flugzeugs der EUFOR in Kinshasa hat die Lage nicht gerade zum Besseren gewendet. In diesem Szenario empfahl die ICG, den EUFOR-Soldaten vor der Wahl die eindeutige Anweisung zu geben, „Gewalt anzuwenden, um Gewalt zu verhindern“.⁴ Die Regierungsnaher Stiftung Wissenschaft und Politik schrieb in

Hinblick auf die zweite Runde der Wahlen: „Das Defizit an Informationen über den Wahlprozess und das neue politische System kann durch verstärkte Wählererziehung verringert werden“.⁵

Nach der Wahl

Zwischen der Stichwahl und der Bestätigung ihrer Ergebnisse herrschte auf den Straßen Kinshasas das Militär unter der Führung der MONUC. Journalisten schrieben immer wieder von einem „Klima der Angst“. Die Wahl selbst war am 30.10. weitgehend friedlich verlaufen, lediglich in der Provinz Equateur wurden zwei Anhänger Bemba erschossen, als sie ein Wahllokal, dessen Urnen schon vor seiner Öffnung mit Kabila-Stimmen gefüllt waren, stürmen wollten.⁶ In mehreren Regionen haben Soldaten der FARDC Zölle von Menschen erhoben, die wählen gehen wollten und über eine Millionen Stimmen wurden unerklärlicherweise in Wahlkreisen abgegeben, in denen sie nicht registriert waren. Trotzdem war die Wahlbeteiligung - sicherlich auch aufgrund des den ganzen tag strömenden Regens - noch niedriger als in der ersten Runde.

Die unabhängige Wahlkommission, finanziert von UN, EU und USAID, veröffentlichte in der Folge beinahe täglich Zwischenergebnisse, wobei sich langsam aber sicher ein deutlicher Sieg Kabilas abzeichnete, der am 15.11. offiziell verkündet wurde. Es kam daraufhin im ganzen Land zu verschiedenen Jubelfeiern und Protestkundgebungen, die aber ebenfalls friedlich verliefen. In einigen Hochburgen Bemba brach dennoch die nackte Angst aus und die Bewohner flohen teilweise bis in die benachbarte Republik Kongo, da angeblich

Kabila-treue Militärs Racheefeldzüge angekündigt hatten.

Bemba und seine Partei zweifelten die Ergebnisse jedoch an. Unterstützung erhielten sie dabei vom Oberhaupt der katholischen Kirche, Kardinal Etsou, der prominent kritisierte, das Wahlergebnis entspräche nicht der Wahrheit der Urnen. Als Bemba Vertreter beim obersten Gericht Einspruch gegen die Wahlergebnisse aufgrund von sechs Unregelmäßigkeiten einlegten, wollten seine Anhänger der Anhörung beiwohnen und wurden später beschossen. Die Wahlkommission begründete das damit, Soldaten Bemba hätten sich unter die Menschenmenge gemischt und das Feuer eröffnet. Zu Tode kam dabei niemand, das Gerichtsgebäude ist aber bei den Zusammenstößen zu einem Drittel abgebrannt.

Am 27.11. wurden die Einsprüche vom Gericht abgewiesen und das Wahlergebnis damit offiziell bestätigt. Bemba, der seine Niederlage mittlerweile eingeräumt hat, wird nun genötigt, notfalls mit militärischem Druck, seine Soldaten aus der Hauptstadt in seine 50km entfernte Residenz abzuziehen. Am 30.11. endet das Mandat der Bundeswehr und am nächsten Tag soll der Abzug offiziell beginnen, wird sich aber - das ist bereits angekündigt - in die Länge ziehen. Mindestens bis zur geplanten Amtseinführung Kabilas am 10.12. sollen die deutschen Soldaten nicht nur in Kinshasa, sondern auch im benachbarten Gabun präsent sein, sich verteidigen und ihre „Bewegungsfreiheit“ sichern können. Diese inoffizielle Mandatsverlängerung am Parlament vorbei ist pikant: In Gabun sind Unterstützungskräfte stationiert, die nur bei ernststen Zwischenfällen zum Einsatz kommen sollten. Spekuliert die EU auf solche, wie es einst Belgien tat, als es 1960 nach einer überhasteten Entlassung der DRC in die Unabhängigkeit gleich die Soldaten im Land beließ, um es nach den ersten freien Wahlen und den daraufhin ausbrechenden Unruhen gleich wieder zu besetzen?

Anmerkungen

¹ International Crisis Group (ICG): Securing Congo's Elections - Lessons from the Kinshasa Showdown, Africa Briefing No. 42

² http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/declarations/84748.pdf

³ <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/DocumentPresentationEUPOLOctobre2006EN.pdf>

⁴ ICG, a.a.o.

⁵ Speiser, Dunja: DR Kongo - Etappensieg, SWP-Aktuell 43/2006

⁶ Johnson, Benedict: Bemba Wähler sind vom Sieg überzeugt, in: taz, 31.10.2006



Siamo tutti Clandestini!

Das EU-Migrationsregime als Laboratorium der Entrechtung

von *Christoph Marischka*

In der öffentlichen Diskussion um die illegale Immigration in die EU dominieren einige Fehlwahrnehmungen. Zunächst sind die Bilder und die beinahe täglichen Nachrichten von Anlandungen so genannter Clandestini an den Küsten der EU geeignet, einen „Ansturm“ von „Massen“ zu suggerieren. Tatsächlich mag die Zahl derer, die von Afrika aus mit kleinen Booten illegal nach Europa einreisen – es sind dieses Jahr bislang insgesamt etwa 50.000 – zunächst groß erscheinen, im EU-Maßstab ist sie aber gering. Jedes einzelne EU-Mitglied rekrutiert in ähnlichem und größerem Maßstab Arbeitskräfte aus anderen Ländern. Nicht einmal einen bedeutenden Anteil an der illegalisierten Migration machen die spektakulären und lebensgefährlichen Immigrationen übers Meer aus. Selbst in Italien reiste nur etwa ein Zehntel der ohne regulären Status Aufgegriffenen auf diese Weise ein. Die meisten kommen mit echten oder gefälschten Visa ins Land, bleiben aber über deren Ablaufdatum hinaus. Diese Form der Immigration wird von staatlicher Seite aus toleriert und bisweilen gar als zunächst legale StudentInnen-, PraktikantInnen, SaisonarbeiterInnen- oder Au-Pair-Migration gefördert. Toleriert werden auch die Boat-People, die in ihrem reinen Umfang schlicht irrelevant sind.

Europa - Keine Festung

Sowohl Italien als auch Spanien haben bislang den überwiegenden Teil der Angekommenen – mit oder ohne vorübergehenden Status – auf dem Festland freigelassen. Wenn dies zur Sprache kommt, dann verweisen die Behörden darauf, dass sie die illegal Eingewanderten nur 30 (Spanien) bzw. 60 Tage (Italien) festhalten könnten und es meist nicht möglich bzw. zu aufwändig wäre, ihre Abschiebung zu organisieren. Gelegentlich können zwar afrikanische Anrainer überredet werden, einige hundert MigrantInnen auf ihr Territorium rückführen zu lassen, insgesamt gestaltet sich dies aber tatsächlich als teuer und kompliziert. Darüber hinaus war auch lange kein Wille zu solchen Rückführungen gegeben und er ist auch heute, aufgrund des gesteigerten Medieninteresses, eher symbolischer Natur. Bislang schob Spanien von den Kanaren rund dreitausend Menschen nach Senegal, Mauretanien, Westsahara und Marokko ab.

Der Rest wurde auf dem Festland freigelassen und lebt dort nun in Lagern und Aufnahmezentren unterschiedlicher Art.

Bei den ImmigrantInnen handelt es sich auch zum völlig überwiegenden Teil nicht um Flüchtlinge im engen Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), also um Menschen, die ein Recht hätten, in den EU-Staaten Asyl zu beantragen. Das ist wichtig: die GFK räumt den von ihr definierten Flüchtlingen lediglich das Recht ein, Staaten um Asyl zu bitten, verpflichtet die Staaten aber unter keinen Umständen, dieses zu gewähren. Einzig die Zurückweisung (Re foulment) über die Grenze in ein Land, wo den Menschen Folter oder ähnliches droht, wird durch die GFK untersagt – jedoch ohne dass es Sanktionsmöglichkeiten gäbe. Lediglich vor nationalen Gerichten oder beispielsweise dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kann (wenn zuvor alle nationalen Instanzen ausgeschöpft wurden) gegen solches Vorgehen geklagt werden. Faktisch bindend sind die Urteile für die Staaten jedoch ebenfalls nicht, weil es wiederum keine Sanktionsmöglichkeiten gibt. Die halb verhungerten, fast verdursteten MigrantInnen an den Küsten der Kanaren und Lampedusas haben zunächst keinen Zugang zu Rechtsanwältinnen. Die EU-Staaten haben zudem in den letzten Jahren Gesetze erlassen, nach denen die Clandestini, auch nach ihrem Ankommen auf dem Boden der EU, rechtlich gar nicht auf dem staatlichen Territorium anwesend sind (zones d'attentes) und ihre Abschiebung keine Zurückweisung mehr darstellt. Im unmittelbaren Umgang mit den Bootsflüchtlingen scheint das Asylregime also keine Rolle zu spielen, weshalb linke Gruppen immer wieder einen verbesserten Zugang der MigrantInnen zum Asylsystem fordern und bisweilen AntirassistInnen an den Zäunen der Lager ausharren, um den vermeintlich Unwissenden auf verschiedenen Sprachen „beantragt Asyl, demand asylum!“ zuzurufen.

In den meisten Fällen wäre dies ein recht hoffnungsloses Unterfangen, da nach der GFK weder Armuts- noch (Bürger-)Kriegsflüchtlinge asylberechtigt sind. Zu beweisen, dass die ImmigrantInnen in ihrem Herkunftsland „...begründete Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Reli-

gion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ haben müssten, dass es keine Fluchialternativen gäbe oder sie keine sicheren Drittstaaten passiert hätten, ist in der Praxis für die Bootsflüchtlinge nicht möglich. Im Gegenteil haben diese MigrantInnen meist keinerlei persönliche Dokumente dabei, um damit ihre unmittelbare Rückschiebung zu verhindern. Würden sie beginnen und es ihnen gelingen, in großem Maßstab Asyl zu beantragen, so würden die betreffenden Staaten darauf durch weitere Abschottungsmaßnahmen reagieren. Denn während für alle EU-Staaten hinsichtlich migrantischer Arbeitskraft – auch im niedrig-qualifizierten Bereich – von einem „Bedarfsszenario“ gesprochen wird (so beispielsweise die Kommission in ihrem „Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung“), sind eben diejenigen MigrantInnen unerwünscht, die Rechte haben, selbst wenn es nur das Recht ist, nicht abgeschoben zu werden. Unter (erwünschter) legaler Zuwanderung werden gemeinhin kurzfristige, an eine Beschäftigung gekoppelte Visa verstanden, die also nicht mit langfristigen Rechten verbunden sind und oft nur ein Übergangsstadium in die Illegalität darstellen.

Aufrüstung im rechtsfreien Raum

Die Sache ist kompliziert, vieles scheint sich zu widersprechen. Auf der einen Seite hören wir fast täglich von neuen Maßnahmen im Kampf gegen die illegale Migration, von neuen Rücknahmeabkommen, quasi-militärischer Überwachungstechnologie (SIVE) an den maritimen Außengrenzen, polizeilich-militärischer Aufrüstung des Mittelmeerraumes und der Küsten Westafrikas, von immer neuen Agenturen, die repressive Maßnahmen der Einzelstaaten koordinieren sollen, wie der FRONTEX-Agentur, deren zweiter Einsatz nun um Lampedusa (Italien) herum bevorsteht. Aus unserer Mitte werden Menschen entführt, eingesperrt und trotz allen Protestes deportiert. FRONTEX ist die jüngste Schöpfung der „polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit“, der so genannten „Dritten Säule“ der EU. Innerhalb dieser können die Innen- und Justizminister der Mitgliedstaaten weitgehend unabhängig von nationalem Recht, aber auch weitgehend unbehelligt vom Europäischen Gerichtshof, eine EU-weite Innenpolitik betreiben. Bezeichnenderweise besteht diese fast ausschließlich aus formellen und informellen Gremien, die neue repressive Strategien im Umgang mit Migration und Grenzsicherung ersinnen und dafür Unterstützung durch die Mitgliedstaaten einwerben. Nicht zuletzt

werden immer mehr außenpolitische Bereiche vermeintlich migrationspolitischen Zielen unterstellt: Es wird militärisch in Konfliktregionen interveniert, unter anderem um Flüchtlingsströme zu unterbinden, es werden Partnerschaften, Freihandels- und Entwicklungshilfeabkommen mit afrikanischen Staaten geschlossen um – nach Aussagen der Politiker – die Bedingungen in den Herkunftsstaaten zu verbessern und auf diesem Wege den „Immigrationsdruck“ zu mindern. Tatsächlich sind Wirtschaftsförderungsprogramme zur Minderung der Emigration gänzlich ungeeignet. Dies ist den Politikern, welche diese fördern, auch weitgehend bewusst. Denn: Die stattfindende Migration ist nicht Ausdruck einer fehlenden kapitalistischen Entwicklung, sondern eben deren Ergebnis.

Migration als Ausdruck kapitalistischer Entwicklung

Aus ökonomischer Sicht ist Migration in ihrer historischen Gesamtheit ein selbstregulierender Prozess. Der Anschluss vor-kapitalistischer Gesellschaften an den Weltmarkt, Privatisierungen und Effizienzsteigerungen insbesondere in der landwirtschaftlichen Produktion haben stets Arbeitskräfte freigesetzt. In Europa entstand mit der Industrialisierung ein „Heer der Arbeitslosen“, Massenarmut. Die Existenz der Menschen wird vom Verkauf ihrer Arbeitskraft auf kapitalistischen Märkten abhängig, die Menschen ziehen vom Land in die Städte und von dort in die internationalen Boomregionen, die Metro-

len, in denen sich der global produzierte gesellschaftliche Reichtum konzentriert. Mit dem Wohlstand steigt aber zugleich die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft für Infrastruktur und Produktionsprozesse, die sich räumlich nicht von der Realisierung ihres Mehrwerts trennen lassen. Vor allem aber entsteht eine neue Arbeitsteilung: Die gut verdienenden Ober- und Mittelschichten lagern zuvor nicht-bezahlte und deshalb auch keinen unmittelbaren Mehrwert liefernde, aber originär notwendige Tätigkeiten in die marktwirtschaftliche Sphäre aus: Die Alten- und Krankenpflege, Kindererziehung und -fürsorge, Haushalts-, Reinigungs- und Sex-Dienste. Die nationalen Mittelschichten der Metropolen, also die mit der entsprechenden Staatsbürgerschaft, profitieren zunächst von migrantischer Arbeit, indem sie einen urbanen post-industriellen Lebensstil pflegen können. Dass sich trotz Sozialabbau und Ökonomisierung der Pflege weiterhin weite Teile der nationalen Bevölkerung häusliche Dienste, Kinderbetreuung und Plätze in Altenheimen leisten können und gesundheitlich zumindest rudimentär abgesichert sind, ist v.a. migrantischer Arbeitskraft zu verdanken, weshalb es insbesondere in diesem Bereich zu neuen Rekrutierungs- und Legalisierungsprogrammen von staatlicher Seite kommt (beispielsweise auch in Deutschland). In Österreich, wo gegenwärtig ein äußerst fremdenfeindlicher Diskurs vorherrscht, wurde von der Regierung ein Moratorium (also ein vorübergehendes Aussetzen) bei der Verfolgung illegaler Beschäf-

tigung im Pflegebereich vorgeschlagen, da, nach Aussage des Wirtschaftsministers Barstenstein, „es ohne die rund 40.000 illegal in Österreich tätigen ausländischen Pflegekräfte kurzfristig schlicht nicht geht“.

Fortlaufende Unterschichtung

Bislang gab es eine Art sozialstaatlichen Kompromisses zwischen diesen marktliberalen Vorstellungen und dem Nationalismus, dem politischen Druck der nationalen Bevölkerung, gegenüber Zuwanderern privilegiert zu werden. Die arbeitsmarktpolitische Funktion des Staates ist es, die Arbeitskräfte politisch-rechtlich zu diskriminieren. In Zeiten des Wirtschaftswachstums, einer organisierten ArbeiterInnenmacht und des ideologischen Drucks durch den real existierenden Kommunismus, kurz: des Sozialstaats, geschah dies über soziale Rechte (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Alten- und Krankenversicherung, Bildung etc.), die zuerst den BürgerInnen und abgestuft verschiedenen Kategorien von MigrantInnen zugesprochen wurden und so auch unterschiedliche Lohnniveaus sicherten. Gegenwärtig werden diese sozialen Rechte massiv und in ungeahnter Geschwindigkeit auch für die nationale Bevölkerung abgebaut. Das oben beschriebene Wohlstandsleben kann nur noch von einer immer kleiner werdenden Schicht geführt werden und muss von einem boomenden Sektor der Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen abgesichert werden. Wer über keine ausreichenden Vermögenswerte verfügt, wird in einem prekären



Boot der Guardia di Finanza im Hafen von Lampedusa

Arbeitsmarkt zum Verkauf seiner Arbeitskraft gedrängt, eine existenzielle Grundversicherung ist faktisch kaum noch vorhanden. Die Empfänger von Arbeitslosengeld II in Deutschland beispielsweise werden Herrschafts- und Kontrollmechanismen unterworfen, die zuvor an MigrantInnen, unter ihnen insbesondere an Asylbewerbern erprobt und eingeführt wurden: Sie müssen mit Hausbesuchen rechnen, jederzeit für „Beratungsgespräche“ und Job-Angebote verfügbar sein. Geradezu in den Schwarzmarkt gedrängt werden wirtschaftliche Aktivitäten und Einkommen überwatcht. Der Verdacht des Missbrauchs der „Sozialkassen“ lastet generell über allen, die Hilfe in Anspruch nehmen, so wie es bei Asylbewerbern hinsichtlich des Asylrechts, des bloßen Rechts auf Gegenwart der Fall ist. Mittlerweile kursieren Vorschläge, Empfänger von Sozialhilfe mit Gutscheinen im wörtlichen Sinne abzuspeisen. Am 18. Juli 2006 entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Notwendigkeit, die berufliche und familiäre Situation von Arbeitslosen zu überwachen, dem Recht, sich innerhalb der EU frei zu bewegen und der Aufenthaltsfreiheit überzuordnen sei. Damit greifen die Einschränkungen für vorübergehend oder dauerhaft nicht verwertbare Menschen vom Bereich der sozialen Rechte in den der Grundrechte über. Um eine politische Organisation und Proteste der Betroffenen, also sozialen Unfrieden, gleich ob nationalistisch-xenophober oder klassenkämpferischer Art zu erschweren, wird weiterhin diskriminiert, also immer weiter unter-

schichtet. Auf der untersten Stufe stehen dabei die Clandestini, deren Anwesenheit schlicht ignoriert wird und die über keinerlei soziale oder politische Rechte (jedenfalls aus Sicht der Staaten) verfügen und die in einem rein negativen Verhältnis zum Recht stehen. Ebenso wie die von Abschiebung und Abschiebehaft bedrohten Menschen mit prekären Aufenthaltstiteln, deren reine Gegenwart als unrechtmäßig und strafbare Handlung gesehen wird. Selbst ihr Tod wird regelmäßig und demonstrativ in Kauf genommen, bspw. an den Außengrenzen, bei Abschiebungen, in Abschiebehaft. Mit der Abschiebehaft ist mittlerweile ein Instrumentarium eingeführt worden, das es dem Staat erlaubt, jeden, der nicht zu seinen BürgerInnen zählt, aber auch nur diese, ohne Verfahren und Urteil zu inhaftieren. In der Entrechtung von Menschen bzw. der segmentierten Zuerkennung von Rechten kann der Nationalstaat gegenüber einer globalisierten Weltwirtschaft einerseits seine Handlungsfähigkeit demonstrieren und sich andererseits als Wirtschaftsstandort aufwerten, indem er der Wirtschaft noch rechtlosere und damit billigere Arbeitskräfte zuführt. Letzteres geschieht dadurch, dass die sozialen, politischen und existenziellen Rechte von Menschen an ihre gefügige Ausbeutbarkeit geknüpft werden.

Laboratorium der Entrechtung

Diese Überlegungen helfen uns, die Außengrenzen und ihre Abschottung, die keine ist, als Laboratorium der Entrechtung zu verstehen. Die gewaltigen und

aufwändigen Maßnahmen zur Sicherung der Außengrenzen zwingen einen Teil der MigrantInnen dazu, ihr Leben zu riskieren, ihre Dokumente zu vernichten und damit auch ihre Rechte aufzugeben. In Spanien werden die kleinen Boote, mit denen die ImmigrantInnen ankommen, Pateras genannt – Opferschalen. Ihre Bergung obliegt allein den polizeilichen und militärischen Behörden und geschieht im Kontext eines permanenten Ausnahmezustands in den sich räumlich ausdehnenden und diffundierenden Grenzregionen. Die Rettung von Bootsflüchtlingen durch zivile Organisationen wurde durch sich kontinuierlich und auf Druck der EU global verschärfenden Anti-Schleuser-Gesetze und am Fall der Kap Anamur spektakulär kriminalisiert. Der Umgang der Behörden mit den Angekommenen lässt sich nicht an Maßstäben der Menschenrechte messen oder beschreiben, ihre Rettung erscheint humanitär und der Umgang mit ihnen willkürlich. Das heißt nicht, dass er rein repressiv oder in erster Linie von Gewalt geprägt wäre, viele der Grenzbeamten und Soldaten können durchaus Mitleid mit den Clandestini aufbringen. Jedoch kann in diesem Kontext alles passieren: Sicherheitskräfte können die Menschen einfach ertrinken lassen und Hilferufe ignorieren, an den Grenzen auf sie schießen, wie es in Ceuta und Melilla geschehen ist. Sie können sie schlagen, demütigen und einsperren, massenhaft abschieben und in der Wüste aussetzen. Wenn sie dies nicht tun, den dem Tode entronnenen Immigran-

SIVE-Anlage mit Radar und Wärmebildkamera auf Fuerteventura



tInnen eine Zigarette spendieren, Wasser und Nahrung austeilen, so erscheint dies humanitär. Humanität und Willkür weisen darauf hin, dass die Menschen im Augenblick ihrer Ankunft schlicht rechtlos sind – nacktes Leben. Der ungeheure Aufwand, mit dem die „Abschottung“ und Militarisierung der Außengrenzen betrieben und die MigrantInnen in die Hände von Schleppern gedrängt werden, deuten an, dass die Rechtlosigkeit keineswegs ein vorstaatlicher Naturzustand ist, der durch die Nationalstaaten aufgehoben wird, sondern dass sie gegenwärtig aktiv diese Entrechtung betreiben. Nehmen wir die Grundrechte auf Versammlungs- oder Organisationsfreiheit: Wem außer den Staaten und seinen Sicherheitsorganen wäre es möglich, zu verhindern, dass sich Menschen „friedlich und ohne Waffen versammeln“ oder mit anderen solidarisieren und organisieren? Durch die rechtliche Prekarisierung werden Clandestini, die am stärksten von Ausbeutung und Unterdrückung betroffene Gruppe vor solchen Handlungen abgeschreckt – jedoch nicht immer erfolgreich.

Rechte werden erkämpft, nicht gewährt

In Italien waren die Bedingungen für eine gemeinsame Organisation von MigrantInnen und italienischen Linken gut. Noch bevor die italienische Regierung in den 90ern eine Einwanderungsgesetzgebung entwickelte, begannen die Gewerkschaften, die MigrantInnen in ihren Kämpfen für Rechte zu unterstützen und alltägliche Hilfeleistungen anzubieten. Von Anfang an wurde die rechtliche Prekarisierung der MigrantInnen als Angriff auf die ArbeiterInnenenschaft insgesamt verstanden. Die politische Forderung bestand und besteht in der „Sanatoria generalizzata“, der bedingungslosen Legalisierung aller MigrantInnen und damit auch implizit der Öffnung der Grenzen. 1998 wurde mit den ersten Regelungen das Asyl betreffend auch erstmals eine praktikable Gesetzgebung zu Abschiebungen eingeführt und erstmals geschlossene Lager gebaut. Letzteres wurde in der italienischen Linken zunächst kaum wahrgenommen, bis es verstärkt zu Revolten in diesen Lagern kam, worauf sich von außen Unterstützung regte. Im März 2000 wurde ein rumänischer Arbeiter in Italien von seinem Chef bei lebendigem Leibe verbrannt, nachdem er eine bessere Bezahlung gefordert hatte, woraufhin die italienischen Basisgewerkschaften ihm die folgende Erste-Mai-Demo in Rom widmeten und ihre Forderungen nach gleichen Rechten für ImmigrantInnen verstärkten. In Brescia organisierte die pakistanische Community einen erfolgreichen Hungerstreik für ihre

Legalisierung. Autonome Gruppen begannen in diesem Zeitraum, militant gegen Lager und Abschiebehafteinrichtungen vorzugehen. Ein Jahr später schallte der Ruf „Siamo tutti Clandestini“ auch durch die Gassen Genuas. Die Demonstration gegen das G8-Treffen und für die Rechte der Clandestini wurde von der Polizei angegriffen, wobei mehrfach der Tod von DemonstrantInnen in Kauf genommen wurde, das Verfahren gegen die Mörder von Carlo Giuliani – Carabinieri – wurde eingestellt.

Doch nicht nur die Haltung der italienischen Linken war einer Organisation für den Kampf um Rechte förderlich. Da die Zuwanderung zunächst (bis in die späten 1990er) kaum gesetzlich geregelt war, erfolgte sie überwiegend als unkontrollierte Arbeitsmigration (ein Schritt, den einige Jahrzehnte zuvor hunderttausende ItalienerInnen selbst gegangen waren) und wurde auch als solche wahrgenommen. Die zunehmende Verrechtlichung der Immigration drückte sich für alle erfahrbar in einer Verschlechterung der Situation ihrer KollegInnen aus. In Deutschland und vielen anderen Einwanderungsländern war es hingegen schon zuvor gelungen, eine an sich ökonomische Bewegung von Menschen, die aus der kapitalistischen Entwicklung resultiert, in die Form der Asylummigration zu pressen und damit humanitär zuzurichten. So zählte in Deutschland ein Asylantrag lange zu den sichersten Mitteln, ein prekäreres Aufenthaltsrecht zu erlangen. Dieses war dann aber mit fundamentalen Einschränkungen verbunden. AsylbewerberInnen wurde es unter anderem untersagt, (legal) zu arbeiten, also für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Damit wurden sie aus weiten Teilen der Gesellschaft, insbesondere von einigen Möglichkeiten, gesellschaftliche Gegen-Macht zu entwickeln, ausgegrenzt. Das Asylrecht ist humanitär. Es wurde von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges als Lösung eines Problems ausgehandelt, ist aber niemals aus irgendwelchen Kämpfen hervorgegangen. Zugleich prägte die rechtlich erzwungene Situation der AsylbewerberInnen (die niemals eine Mehrheit der ImmigrantInnen insgesamt darstellten) das Bild von MigrantInnen insgesamt als hilfsbedürftig, abhängig, parasitär. Das Gegenteil ist der Fall. Sie spielen für die kapitalistische Entwicklung eine Schlüsselrolle. Deshalb soll ihre Organisation und eine Solidarisierung durch eine massive Entrechtung verhindert werden.

Gegen eine globale Zukunft der Lager

In verschiedenen Regionen der Welt, insbesondere in Afrika, leben über zehn Millionen Menschen in Lagern, fast acht

Millionen bereits seit mehr als fünf Jahren. Gemeinhin werden sie als Bürgerkriegsflüchtlinge gesehen, gleichzeitig stammen aber die Bilder, welche die globale Armut darstellen sollen, meist aus diesen Lagern. Auch in den Wohlstandszonen entstehen humanitär betriebene Sammelunterkünfte und mehr und mehr Knäste. Durch Kriege und die Kriminalisierung von Migration, also der Suche nach einem Platz zum Leben und Arbeiten, wird das globale Sub-Proletariat entrechtet und für diese Lager zugeschnitten. Wer sich nicht verwerten lassen kann, landet im Lager und wer sich nicht integrieren will im Knast oder der Sammelabschiebung nach irgendwo. In Italien und Spanien betreiben insbesondere die Kirchen Sammelunterkünfte für MigrantInnen. Mittlerweile leben in diesen auch EU-Bürger, die nicht genug verdienen, um sich ein Dach über dem Kopf zu leisten, da mietfreies Bewohnen („Besetzen“) von leer stehenden Häusern und wilder Wohnungsbau ebenfalls illegalisiert sind und eine soziale Grundsicherung für immer weniger Menschen existiert. Die Situation der MigrantInnen ist also eine düstere Vision der Zukunft aller, wenn es uns nicht gelingt, gegen Staat und Kapital gemeinsam Rechte für Alle zu erkämpfen.

Literatur:

- Agamben, Giorgio 2004: Ausnahmezustand, Suhrkamp
- Boutang, Yann Moulier 2002: Nicht länger Reservearmee - Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration, in: Subtropen 12 (4)
- Freeman, Gary 1979: Immigrant Labour and Racial Conflict in Industrial Societies, Princeton University Press
- Hollifield, James 2003: Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht – das liberale Paradox, in: Hunger, Uwe/Thranhardt, Dietrich: Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat (Leviathan-Sonderheft), Westdeutscher Verlag
- Kommission der EG 2005 (KOM (2005 669 endgültig): Strategischer Plan zur legalen Zuwanderung, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0669de01.pdf
- Sassen, Saskia 1988: The mobility of Labor and Capital, Cambridge University Press.
- Schuster, Liza 2005: The Realities of a New Asylum Paradigm, University of Oxford Centre on Migration, Policy and Society, Working Paper No. 20, <http://www.compas.ox.ac.uk/publications/papers/Liza%20Schuster%20wp0520.pdf>
- Sciortino, Giuseppe 2004: Between Phantoms and Necessary Evils - Some Critical Points in the Study of Irregular Migrations to Western Europe, in: IMIS-Beiträge Heft 24(2004), <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdf/files/imis24.pdf>
- Transmigration 2005 (Rutvica Andrijasevic, Manuela Bojadzije, Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos): Turbulente Ränder - Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas, in: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 140, Westfälisches Dampfboot

Deutsche Kriegs(vorbereitungs)politik

von Tobias Pflüger

Am 25. Oktober legte Militärminister Franz-Josef Jung dem Bundeskabinett das neue Weißbuch „zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ vor. Vorausgegangen war ein monatelanges Tauziehen, wie deutlich die neuen Aufgaben der Bundeswehr in diesem Weißbuch beschrieben werden sollten. Um es vorwegzunehmen: Gewonnen haben in der Sprache die Sozialdemokraten, im Inhalt die Konservativen. Die Festschreibung und Beschreibung der Bundeswehr als - Armee für den Auslandseinsatz, der eben auch Krieg bedeuten kann - ist in sozialdemokratische Watte gepackt. Der Vorentwurf des Weißbuches hatte noch so manch kräftige Formulierung enthalten.

Auffällig ist, wie offen das Weißbuch trotzdem erklärt, die Bundeswehr habe militärisch für die Absicherung der Rohstoffversorgung zu sorgen: Deutschland sei „in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.“ (S. 17) Aus diesem Grund „muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden.“ (S. 18)

Wesentlicher Bezugspunkt deutscher Militärpolitik sind schon bisher und werden noch mehr die Europäische Union (EU) und die NATO. Die nukleare Komponente der NATO, in die Deutschland, in offenem Bruch des Atomwaffensperrvertra-

ges, integriert ist, wird weiter gut geheißt: „Deutschland bei der nuklearen Teilhabe einen seiner Rolle im Bündnis und der im Strategischen Konzept von 1999 vereinbarten Grundsätze entsprechenden Beitrag leisten.“ (S. 27)

Bezüglich der EU wird die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) wiedergegeben. Ein Kernsatz der ESS wird übernommen: Die erste „Verteidigungslinie wird hierbei oft im Ausland liegen.“ (S. 35) Die Kriegsführungsfähigkeit der EU wird festgestellt: „Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, gleichzeitig zwei Krisenmanagement-Operationen mit je einer Battlegroup durchführen zu können. Dazu müssen ständig zwei Battlegroups in höchster Verfügbarkeit gehalten werden.“

Interessant ist, dass offen gesagt wird, dass die EU - insbesondere im Rüstungsbereich - sowohl in offener Konkurrenz zu, als auch als Kooperationspartner der USA agieren: „Eine effiziente Rüstungskooperation in Europa unterstützt die sicherheitspolitischen Ziele Europas, fördert die Entwicklung der Fähigkeiten der Streitkräfte und festigt die Position der Europäischen Union sowohl im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten von Amerika als auch als deren Kooperationspartner.“ (S. 46)

Das alles reicht einigen offenbar noch nicht: Rainer Arnold, „verteidigungspolitischer“ Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion will noch mehr: Er meint in einem

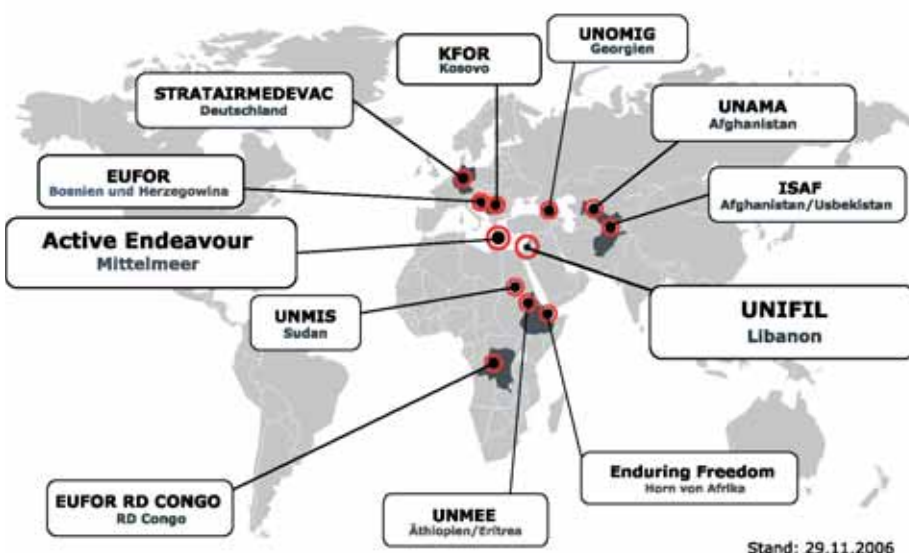
Interview in der Berliner Zeitung: „Wir müssen überlegen, ob die Konzepte für EU Battle Group und Nato Response Force noch tragfähig sind. (...) Die Frage ist, ob wir nicht ständige Verbände in Einsatzbereitschaft brauchen, deren Zusammensetzung gleich bleibt. Das könnte ein Thema sein für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.“

Zu all dem kommt die aktuelle Debatte über den ganz normalen Wahnsinn deutscher Bundeswehr-Auslandseinsätze: Leichenschändungen von deutschen Gebirgsjägern am Hindukusch, der Fall Kurnaz und die wahrscheinliche Kooperation beim Foltern und Misshandeln von Gefangenen durch das Kommando Spezialkräfte. Wer Soldaten als Kampfsoldaten - wie das KSK und die ISAF-Soldaten - ins Ausland schickt, braucht sich über nichts zu wundern. Das ist die immanente Logik des Militärischen.

Fast 9000 Bundeswehrsoldaten sind schon im Auslandseinsatz und es sollen es noch mehr werden. Es wird immer deutlicher, deutsche Soldaten ziehen in aller Welt Hass auf sich. Deutschland versinkt mehr und mehr im Sumpf der Auslandseinsätze der Bundeswehr: Im Kongo, wo die EU als parteiischer Akteur zugunsten des autokratischen Präsidenten Kabila wahrgenommen wird oder in Afghanistan, wo bei westlichen Angriffskampagnen der Tod von Zivilisten als „Kollateralschaden“ achselzuckend hingenommen wird. Bevor es noch schlimmer kommt, muss etwas passieren:

Meine Vorschläge: Keine Umsetzung des vorgelegten Weißbuches, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Auflösung des KSK!

Lasst uns gemeinsam eine Kampagne für den Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen starten! Sparen wir uns diese Truppe!



Stärke der deutschen Einsatzkontingente

ISAF (Afghanistan/Usbekistan) 2950
 KFOR (Kosovo) 2897
 EUFOR (Bosnien/Herzegowina) 900
 UNMIS (Sudan) 35
 UNIFIL (Libanon) 1014
 UNOMIG (Georgien) 11
 Active Endeavour 78
 UNMEE (Äthiopien/Eritrea) 2
 OEF (Horn von Afrika) 493
 EUFOR RD CONGO (Kongo/Gabun) 744
 in Deutschland zur Evakuierung aus
 medizinischen Gründen bereit gehalten
 (STRATAIRMEDEVAC) 42
Gesamt 9.166

Deutsche Waffen gegen streikende Lehrer in Mexiko?

von Johannes Plotzki

Müssen schon bald einige EU-Staaten ihre Rüstungsexporte nach Mexiko einstellen? Möglicher Grund: Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport verbietet Lieferungen von Waffen, wenn die Möglichkeit besteht, dass diese im Bestimmungsland zur internen Repression benutzt werden.

Trotz der Gegenpräsidentschaft des linksliberalen Andrés Manuel López Obrador wurde Felipe Calderón von der rechtskonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) am 1. Dezember als neuer Präsident Mexiko vereidigt. Der als konservativer Hardliner geltende Calderón gab bereits bei dem Kongress für Mexikanischen Außenhandel Anfang des Monats im Bundesstaat Guerrero die Marschrichtung seiner Regierungszeit bekannt. Den Unternehmern und Wirtschaftspolitikern sagte er in Bezug auf die aktuellen Proteste eines breiten Oppositionsbündnisses in Oaxaca, dass man im Land den Respekt vor Gesetz und Autorität verloren habe, um sich dann zu dem zu verpflichteten, was er allen Vorwürfen des Wahlbetruges zum Trotz als sein erstes Mandat bezeichnete: das Gesetz zu hüten und die Menschen dazu zu bringen, es zu hüten. Calderón gab in Bezug auf die Wiederherstellung von investitionsfreundlicheren Zuständen zu, „es wäre anmaßend, sofortige Ergebnisse zu versprechen, sondern es wird uns Arbeit, Zeit, ökonomische Mittel kosten, und es wird uns leider wahrscheinlich auch Menschenleben kosten.“¹

Schon sein Vorgänger und Parteifreund, Vicente Fox, wusste, dass neoliberaler Umbau und Führung mit harter Hand zusammenpassen. Aufrüstung und Verstärkung der Repressionsapparate stehen dabei dem Laissez-faire im wirtschaftlichen Bereich durch weitere Deregulierung und Liberalisierung Pate. In einer Reihe von Bundesstaaten übertrug die Regierung im Rahmen der Initiative Sichereres Mexiko („México Seguro“) dem Militär Polizeibefugnisse, was zu über 5000 Festnahmen führte. Beispiele für gewaltsame Niederschlagung von Protesten durch staatliche Sicherheitskräfte und Schusswaffengebrauch gibt es allein aus diesem Jahr eine ganze Reihe, wie auch internationale Menschenrechtsorganisationen in ihren Berichten bekannt geben.

UNO besorgt über brutale Polizisten in Mexiko

Ende November veröffentlichte das Komitee gegen Folter der Vereinten Nationen (UN) die Ergebnisse seines 37. Treffens. Erwähnung findet darin auch die Menschenrechtssituation in Mexiko. Das UN-Komitee drängt in seinem Abschlussbericht darauf, dass der mexikanische Staat „eine sofortige, gründliche und unabhängige Untersuchung zu den Vorfällen während der Polizei-Operation in San Salvador Atenco am 3. und 4. Mai 2006“ einleitet.² Zur Erinnerung: In San Salvador Atenco drangen Anfang Mai rund 3000 schwerbewaffnete Polizisten aus Landes- und Bundeseinheiten ein, stürmten wahllos Häuser, zerstörten Mobiliar und nahmen unter Anwendung äußerster Brutalität und Einsatz von Schusswaffen knapp 300 Menschen fest. Ein 14-jähriger Jugendlicher wurde bei dem Einsatz erschossen, dutzende Personen wurden verletzt, davon mindestens zwei durch Schusswaffen. Auch Amnesty International kommt in seinem Bericht zur Folter in Mexiko zu erschreckenden Einschätzungen. Untersuchungen zeigten, dass Folter in Mexiko nach wie vor weit verbreitet ist. Demnach wenden insbesondere Strafverfolgungsbehörden und die Justizpolizei der einzelnen Bundesstaaten sowie der Kommunen Folter im Zuge von Verhaftungen oder in den ersten Stunden nach einer Festnahme an. In seinem Jahresbericht 2006 bemerkt Amnesty International, dass im Berichtszeitraum 2005 in Mexiko „kaum Fortschritte bei der Beendigung von Menschenrechtsverletzungen oder im Kampf gegen die Straflosigkeit zu verzeichnen“ waren.³

EU-Rüstungsexporte nach Mexiko

Der Weltentwicklungsbericht 2006 der Weltbank gibt Auskunft darüber, dass sich die mexikanischen Rüstungsimporte zwischen 1995 und 2005 versechsfacht haben. Damit liegt Mexiko an der Spitze aller lateinamerikanischen Länder was Rüstungsimporte betrifft. Die mexikanischen Einfuhren von Waffen und Munition machten im Vorjahr (2004) rund 46% der Rüstungsimporte Gesamt-Lateinamerikas aus. Allein in ihrem vorletzten Amtsjahr 2005 hat die

Fox-Regierung die Waffen-Bestellungen von 12 Mio. auf 34 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht.

In der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2005 ging allein aus der EU unterschiedlichstes Rüstungsmaterial im Wert von mehr als 243,6 Mio. Euro an die Fox-Regierung. Mexiko ist einer der wichtigsten Empfängerländer der EU diesbezüglich. Laut den Jahresberichten des EU-Ministerrates haben im gleichen Zeitraum 14 der jetzigen 25 EU-Mitgliedsländer Kriegsmaterial an Mexiko geliefert: Deutschland, Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Italien, Litauen, Polen, England und Schweden. Gemäß dem mexikanischen Nachrichtenmagazin *Proceso* vom 17.11.06, bestätigte Nicolas Kerlereux, Pressereferent des Rates der EU, dass die mexikanischen Polizeikräfte einer der Empfänger dieser EU-Exporte seien.⁴ Ein am 12. September diesen Jahres erschiegener Bericht des Rates der EU kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Waffenhandel mit Mexiko für die französischen Hersteller unter Fox äußerst günstig entwickelte und allein die französischen Lieferungen, größtenteils elektronische Ausrüstung für die militärische Nutzung, Kampflugzeuge und verschiedene Schusswaffen, im vergangenen Jahr 68% der EU-Rüstungsexporte an Mexiko ausmachten.

Seit 2003 schlüsselt die EU die Rüstungsexporte ihrer Mitgliedsländer in 22 Kategorien auf. Besondere Beachtung verdienen dabei im Zusammenhang mit deren Verwendung gegen die Zivilbevölkerung sogenannte Kleinwaffen, also Maschinenpistolen, Maschinengewehre, sowie voll- und halbautomatische Waffen. In den vergangenen drei Jahren bestellte Mexiko bei EU-Ländern Waffen dieser Kategorie im Wert von 7,47 Mio. Euro, davon mehr als die Hälfte im vergangenen Jahr. Der aktuelle EU-Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005 gibt Auskunft darüber, dass im Berichtszeitraum insgesamt für 4,4 Mio. Euro Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen nach Mexiko erteilt wurden. Lieferländer sind demnach Österreich, die Tschechische Republik, Deutschland und Spanien.⁵

EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport - nur ein weiterer Papiertiger?

Die Frage stellt sich angesichts der aktuellen politischen Konflikte zwischen Polizeieinheiten und Protestierenden im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, ob nicht der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport spätestens jetzt einer weiteren Versorgung des mexikanischen Staates

mit Waffen aus Europa im Wege stehen müsste.

Dieser vom Rat der EU am 8. Juni 1998 angenommene Verhaltenskodex für Rüstungsexport geht in seinem zweiten Kriterium auf die Achtung der Menschenrechte im Endbestimmungsland ein. Darin werden die Mitgliedsstaaten dazu angehalten, keine Exporte zu genehmigen, „wenn eindeutig das Risiko besteht, dass das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zur internen Repression benutzt werden könnte.“ Interne Repression umfasst demnach „Folter sowie andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, das Verschwindenlassen von Personen, willkürliche Verhaftungen und andere schwere Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Laut dem zweiten Artikel des gleichen Kriteriums werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, bei Rüstungsexporten „besondere Vorsicht und Wachsamkeit walten zu lassen“, wenn in den Bestimmungsländern „von den zuständigen Gremien der VN, des Europarates oder der EU schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden.“

Bezüglich der versuchten Niederschlagung der langanhaltenden Proteste im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca gibt Amnesty International unmissverständlich in einer Eilmeldung vom 24.08.2006 bekannt, dass die Sicherheitskräfte „in exzessiver und unangemessener Weise Gewalt gegen Teilnehmer an Protestkundgebungen im Bundesstaat Oaxaca angewandt“ haben, und fordert die mexikanischen Behörden zur Einhaltung der „Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen“ sowie des „Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen“ auf.⁶

Mittlerweile haben nicht nur mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen und das UN-Komitee gegen Folter die

Verletzung der Menschenrechten bei den Polizeieinsätzen in Atenco festgestellt, sondern auch die EU-Kommission erklärt in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage des parteilosen EU-Abgeordneten Tobias Pflüger bezüglich der staatlichen Repression in Atenco, dass „die erniedrigende Behandlung der festgenommenen Personen und insbesondere der Frauen durch nichts zu rechtfertigen“ sei.⁷

Reichen diese Erklärungen aus, um im EU-Rahmen die Rüstungsexporte nach Mexiko zu überdenken? Ergänzend zum EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport gibt es etwas Vergleichbares auf nationaler Ebene einzelner Mitgliedsstaaten. Diese gehen teilweise über die EU-Richtlinie hinaus und waren in Einzelfällen wirksames Instrument zur Überprüfung von Waffenausfuhren.

So sorgte kurz vor dem Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten Vicente Fox im Jahr 2000 ein Zwischenfall für kurzzeitige Verstimmung im europäisch-mexikanischen Waffengeschäft, als Mexiko von Belgien 500 Gewehre vom Typ P-90 kaufen wollte. Die Verträge dafür waren bereits unterzeichnet, als Belgien am 2. Mai 2000 diese Exportabkommen einseitig aufkündigte. Die Begründung war, dass belgische Parlament habe seine Sorge darüber geäußert, Waffen mit derartig hoher Durchschlagskraft könnten in die Hände von Drogenkartellen und anderer Gruppen organisierten Verbrechens gelangen.

Dirk van der Maelen, Fraktionsvorsitzender der Flämischen Sozialdemokraten im belgischen Parlament, erinnert sich in einem Interview mit dem mexikanischen Nachrichtenmagazin Proceso, dass unterschiedliche Abgeordnete damals angemahnt hätten, wenn dieser Export zustande käme, sei dies eine Verletzung des belgischen nationalen Waffengesetzes und des EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport.⁸

Deutschland: ganz vorn bei Waffenexporten

Das Stockholmer SIPRI-Institut sah Deutschland für 2005 auf dem vierten Platz der weltweiten Rüstungsexporteure. Für den Zeitraum von 2001 bis 2005 rangiert Deutschland nach den Feststellungen dieses Instituts ebenfalls auf Platz 4.⁹ Die deutschen Rüstungsexporte werden durch das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) geregelt. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen

Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 1982 sind neben dem entsprechenden EU-Verhaltenskodex Richtlinien für die Auslegung der benannten Gesetze. Die am 19. Januar 2000 vom Bundeskabinett beschlossene Neufassung der „Politischen Grundsätze“ hat die folgenden wesentlich neuen Elemente eingeführt: Die Beachtung der Menschenrechte ist für jede Exportentscheidung von hervorgehobener Bedeutung, unabhängig davon, um welches mögliche Empfängerland es sich handelt. So werden Rüstungsexporte grundsätzlich nicht genehmigt, wenn „hinreichender Verdacht“ besteht, dass das betreffende Rüstungsgut zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht wird. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle. Die Grundsätze gehen hier weiter als der EU-Verhaltenskodex, wonach erst bei insofern bestehendem „eindeutigen Risiko“ keine Ausfuhrgenehmigung erteilt werden soll.

Laut dem am 27. September 2006 von der deutschen Bundesregierung beschlossene Rüstungsexportbericht 2005 haben sich mit 1.629,7 Mio. Euro (2005) die deutschen Kriegswaffenausfuhren innerhalb der letzten acht Jahre mehr als verdoppelt. Im Berichtszeitraum wurden 3 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen nach Mexiko im Wert von 496.515 Euro erteilt. Im Bereich der Kleinwaffen wurden 7 Einzelgenehmigungen für deren Export nach Mexiko im Wert von 692.165 Euro im Jahr 2005 genehmigt. Darunter waren u.a. Gewehre und Maschinenpistolen, und zusätzlich Munition im Wert von 15.000 Euro für Gewehre und Maschinenpistolen.¹⁰

Unklarer Endverbleib - wenn Polizisten nach Feierabend auf Journalisten feuern

Völlig ungeklärt bleibt letztlich bei allen Waffenexporten deren Nutzung nach erfolgter Lieferung. Dazu sagen die bereits erwähnten Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen, „der Endverbleib der Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter ist in wirksamer Weise sicherzustellen.“ Aber wie soll das geschehen? Klar ist, dass gerade in den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Mexiko, wie Ende Oktober in Oaxaca oder dem jüngsten Massaker im lakandonischen Regenwald in Chiapas auch paramilitärische Gruppen und sogar einzelne Polizisten in zivil involviert sind. So wurden ein örtlicher Polizist, ein Mitarbeiter der lokalen PRI-Administration, ein Sicherheitschef, sowie ein ehemaliges Mitglied der Para-



Oaxaca-Demonstration in Berlin, 4. Nov. 2006

militärs als Mörder des Ende Oktober in Oaxaca erschossenen New Yorker Kameramanns Brad Will identifiziert.

Zuletzt am letzten November-Wochenende kam es wieder zu tödlichen Angriffen seitens staatlicher Sicherheitskräfte auf Protestierende im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Die Zahl der in dem seit Juni andauernden Konflikt aus Polizeiwaffen Getöteten erhöhte sich damit nach Angaben der Versammlung der Bevölkerung von Oaxaca (APPO) um weitere fünf. Außerdem sind etliche Verletzte, Verhaftete und Verschwundene die traurige Bilanz der brutalen Niederschlagung einer Demonstration, die sich auch gegen die militärische Besetzung des zentralen Platzes in der Landeshauptstadt richtete. Wie zuvor wurden auch bei den diesmaligen Angriffen Schüsse aus schweren Waffen auf die Demonstrierenden abgefeuert.

Woher diese Waffen stammen, beschäftigt momentan den Unterausschuss Menschenrechte im Europäischen Parlament. Grüne und Mitglieder der Linksfraktion hatten dort die Frage aufgeworfen, ob die EU nicht künftig ihre Rüstungsexporte nach Mexiko einstellen müsse und berufen sich dabei auf den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexport. Noch sind in dem Zusammenhang längst nicht alle Mittel ausgeschöpft. Erster Schritt müsste die Umwandlung des EU-Verhaltenskodex in einen Gemeinsamen Standpunkt des Rates der Europäischen Union sein, weil erst dann von den Mitgliedstaaten verbindlich verlangt würde, ihre nationale Gesetzgebung mit den im EU-Kodex festgelegten Normen in Übereinstimmung zu bringen. Denn noch gibt es viel zu viele Schlupflöcher, wie auch internationale Initiativen zur Rüstungsexportkontrolle betonen: „Die bestehenden Kontrollsysteme sind in ihrer jetzigen Form völlig ungeeignet, um internationale Rüstungstransfers zu regulieren,“ so Dr. Mathias John, Rüstungsexperte von Amnesty International Deutschland.¹¹

Ungeklärt bleibt außerdem die Frage, wie der Tendenz von Verlagerungen der Produktionsanlagen ins Ausland, einschließlich der Vergabe von Verträgen über Lizenzproduktion begegnet werden kann. So vergibt auch Heckler&Koch aus Oberndorf am Neckar Lizenzen für die Produktion des Sturmgewehres G-3, sowie des Maschinengewehrs HK 21 nach Mexiko.¹² Es ist bereits abzusehen, dass das G-3 Nachfolgemodell, das G-36, ebenso in Mexiko zum Einsatz kommen wird. Der Weg geht dabei über den Export von Waffenkomponenten. Diese „blinden Passagiere“¹³ nutzen ein weiteres Schlupfloch in der Rüstungsexportkontrolle aus, da diese weiterhin zwischen Waffensystemen

und Komponenten unterscheidet. Dabei ist dies für die Rüstungsproduktion letztlich unerheblich, wie folgendes Beispiel verdeutlichen soll. Das für die mexikanische Armee neu entwickelte Gewehr mit dem Namen FX-05 wird überwiegend Teile des Sturmgewehrs G36 enthalten. In den vergangenen Monaten verdichteten sich die Hinweise, dass dafür von Heckler&Koch Komponenten geliefert werden sollen.¹⁴

Sind Maßnahmen zur besseren Kontrolle von Rüstungsexporten dringend nötig, so sind langfristig Rüstungsproduktion und deren Export gänzlich zu beenden, da jede neu produzierte Waffe auch dazu genutzt werden kann, Gewalt und Unrecht anzuwenden, egal wo. Eindeutig fällt die Beurteilung im Rüstungsexportbericht 2005 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) bezüglich dem Geschäft mit Waffen aus: „Jeder Rüstungsimport vermindert durch seine Kosten die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, denn Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Das Geld, das von importierenden Regierungen für Rüstungseinfuhren aufgewandt wird, steht für die Finanzierung von Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge und andere entwicklungsfördernde Ziele nicht mehr zur Verfügung.“¹⁵

Anmerkungen

¹ La Jornada, 7.11.06.

² UN-Committee against Torture Concludes (37th Session), 24.11.2006.

³ Amnesty International: Jahresbericht 2006 Mexiko.

⁴ Vgl. Proceso, 17.11.06.

⁵ Vgl. Council of the European Union: Eighth annual report according to operative provision 8 of the European Union Code of Conduct on Arms Exports, 12 September 2006.

⁶ Amnesty International: UA-227/2006 v. 24.08.2006.

⁷ Aus der Antwort der EU-Kommission auf die schriftliche Anfrage von Tobias Pflüger (parteiloses Mitglied der Linksfraktion im Europäischen Parlament) zu den Vorfällen in Atenco vom 8. Juni 2006.

⁸ Vgl. Proceso, 17.11.06.

⁹ Vgl. SIPRI-Yearbook 2006, 12.06.2006.

¹⁰ Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2005 (Rüstungsexportbericht 2005), September 2006.

¹¹ Zit. nach: Oxfam Deutschland, Pressemitteilung, Berlin, 02.10.2006.

¹² Vgl. Otfried Nassauer/Christopher Steinmetz: „Made in Germany“ inside Komponenten - die vergessenen Rüstungsexporte, März 2005.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen (DAKS) [Hrsg.]: Kleinwaffen-Newsletter August 2006.

¹⁵ Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)[Hrsg.] Rüstungsexportbericht 2005.

EU muß Schweigen zu staatlicher Gewalt in Oaxaca beenden!

Wie lange will die Europäische Union noch zu dem gewaltsamen Vorgehen der mexikanischen Sicherheitskräfte gegen den legitimen Protest der streikenden Gewerkschafter und großer Teile der Bevölkerung im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca schweigen?

Gestern wurde das unabhängige Radio der Universität die „Stimme der Volksbewegung von Oaxaca“ (APPO) von der PFP gestürmt. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen, die Universität wurde von der Bundespolizei eingeschlossen und mit Tränengasgranaten beschossen. Es gab viele Verletzte, Festgenommene wurden verschleppt.

Seit Tagen dringen Einheiten der militärisch ausgebildeten Bundespolizei Mexikos (PFP), sowie Soldaten der Bundesarmee gewaltsam in das Stadtzentrum von Oaxaca vor. Dabei wurden bereits mindestens vier Protestierende, sowie der US-Amerikanische Journalist Brad Will von indymedia getötet.

Wie mir Vertreter sozialer Initiativen in Oaxaca bestätigten, hat sich die Menschenrechtslage in Oaxaca seit der Amts-

übernahme des Gouverneurs Ulises Ruis enorm verschlechtert. Allein nach den ersten 100 Tagen Regierungszeit gab es über 20 politische Gefangene in Oaxaca, Grundrechte wie Bewegungs- und Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden massiv verletzt. Und was aktuell passiert ist ein regelrechter Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Dieser Gouverneur muss endlich zurücktreten.

Es ist notwendiger denn je, internationale Solidarität mit den sozialen Bewegungen und der Bevölkerung Oaxacas in Mexiko zu üben, die sich mit bewundernswertem Mut und Ausdauer gegen diese Brutalität verteidigen.

Die EU ist aufgefordert alle ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel auszuschöpfen um auf ein Ende des gewaltsamen Vorgehens zu dringen. Es ist in keiner Weise akzeptabel, dass die EU sich für weitere Handelserleichterungen mit Lateinamerika engagiert, aber die Augen vor diesen gravierenden Menschenrechtsverletzungen verschließt.

Tobias Pflüger

Keine Einbahnstraße

Kontinuitäten deutsch-israelischer Rüstungskooperation

von *Claudia Haydt*

Die ersten Lieferungen von deutschen Rüstungsgütern nach Israel 1956 und die erstmalige Stationierung von Bundeswehrsoldaten im Nahen Osten 2006, trennt ein halbes Jahrhundert, aber sie verbindet eine konsequente Traditionslinie der militärpolitische Kooperation zwischen Israel und Deutschland. Erklärte Absicht der deutschen Entscheidungsträger war „Wiedergutmachung“, faktisch jedoch war die Kooperation keine Einbahnstraße und der realpolitische Vorteil vieler Arrangements für die deutsche Seite war und ist beträchtlich.

Die ersten Waffenlieferungen an Israel, zwei Patrouillenboote aus der Bootswerft Burmester, gefertigt 1955/56, fanden zu einem Zeitpunkt statt, als Machtpolitiker in Westdeutschland die Rüstungsökonomie Deutschlands wieder aufbauen wollten – aber noch nicht durften. Die Wiederbewaffnung (West-)Deutschlands sowie die Gründung der Bundeswehr fanden kaum Unterstützung in der Bevölkerung und wurden dennoch zuerst verdeckt durch das Amt Blank¹ und dann offen umgesetzt. Die Rüstungskooperation mit Israel wurde wesentlich länger als Verschlussache gehandhabt. Bis in die 1980er Jahre wickelten die Geheimdienste der beiden Länder, Mossad und BND, die für beide Länder gewinnbringende Kooperation ab.

„Wiedergutmachung“ war das Schlagwort, mit dem die Rüstungskooperation begonnen wurde. Damit war auch „Wiedergutmachung“ für die schleppende diplomatische Anerkennung Israels durch die Bonner Regierung gemeint. Aus Angst davor, die guten wirtschaftlichen Beziehungen zu verschiedenen arabischen Staaten zu gefährden und weil diese androhten, die DDR anzuerkennen,² dauerte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 10 Jahre länger als die Aufnahme der militärpolitischen Kooperation.

Die Rüstungs- und Ausbildungskooperation gedieh zum Vorteil von Militärs, Unternehmen und Politikern beider Seiten. Die Kriege 1967, 1973 und 1982 führten nicht nur zu Opfern bei ZivilistInnen und SoldatInnen in Israel, Libanon, Ägypten und anderen Staaten der Region, sondern

brachte auch sowjetische Waffentechnologie, z.B. aus Beständen der syrischen oder ägyptischen Armee, in die Hände israelischer Nachrichtendienste. Diese wiederum teilten ihre Einsichten mit den deutschen Partnern. Was man so etwa über sowjetische Schützenpanzer BMP-1 oder T-62 Panzer herausfand, floss ein in die Entwicklung des Leopard Panzers und des Schützenpanzers Marder.

„Wiedergutmachung“ mit Bundeswehrsoldaten

Anfang der 1990er Jahre revanchierte sich dann die deutsche Regierung mit Lieferung von Anschauungsmaterial aus Beständen der NVA, das Aufschlüsse vor allem auf die Bewaffnung des syrischen Nachbarn lieferte. Die Lieferungen von Rüstungsgütern an Israel waren und sind rechtlich mehr als heikel. Dies, zusammen mit Rücksichten auf arabische Geschäftspartner, führte schon früh dazu, dass die Wege der Rüstungsgüter von Deutschland nach Israel nicht immer direkt und transparent waren. Die ersten U-Boote für Israel (Typ GAL) wurden Mitte der 70er Jahre nach deutschen Plänen und mit deutschen Ingenieuren in Großbritannien gebaut, Fertigteile von Schnellbooten wurden in Frankreich montiert und andere Rüstungsgüter in den USA gefertigt. Was direkt aus Deutschland exportiert wurde war nicht immer richtig deklariert, wie die NVA-Bestände, die 1991 als land- und forwirtschaftlichen Gerätschaften auf den Weg nach Israel gingen.

In den letzten Jahren verlagerte sich die Initiative der Rüstungskooperation mehr in Richtung Industrie. Kooperationen von Unternehmen in Israel und Deutschland z.B. im Bereich von Kommunikationselektronik oder Sensorik sichern Aufträge und erschließen neue Märkte. Israelischen Unternehmen öffnet sich so der europäische Markt und deutsche Produkte kommen beispielsweise nach Indien oder in die Türkei.

Auch die Ausbildung von deutschen und israelischen „Sicherheitskräften“ verlief in enger Kooperation. Stabsoffiziere der IDF (Israel Defence Forces) nehmen schon seit 1984 regelmäßig an der Generalstabsausbildung der Bundeswehr teil, 1998

wurden das erste Mal 17 deutsche Offiziere in Israel ausgebildet. Allerdings läuft die „Sicherheitskooperation“ bei der Ausbildung schon länger in beide Richtungen: bereits in den 1970er Jahren wurden z.B. GSG-9-Kommandeure in Israel trainiert.³ Delegationen der beiden Armeen sind in regelmäßigem Austausch. Im Mai 2004 etwa informierten sich Befehlsheber der „Technology and Logistics Branch“ der IDF beim Streitkräfteunterstützungskommando der Bundeswehr über „die feldmäßige Versorgung mit Munition und Treibstoffe, den in wenigen Minuten durchgeführten Austausch eines Leopard-Triebwerks, die sekundenschnelle Errichtung eines Checkpoints ...“ und war sich dabei schnell einig: „Beide Armeen verbindet eins:...die Notwendigkeit der Umsetzung effizienter Strukturen.“⁴

Die Kooperation deutscher Rüstungsunternehmen und deutscher Militärpolitiker beschränkte sich jedoch keineswegs nur auf Israel. Deutsche Raketexperten arbeiteten Anfang der 1960er Jahre für Ägypten, in den 1980er Jahren halfen deutsche Unternehmen tatkräftig beim Aufbau von Chemiewaffenanlagen in Irak und Libyen. Saudi-Arabien und die vereinigten Arabischen Emirate gehören zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter in der Region. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass im Krieg zwischen Israel und der Hisbollah deutsche Waffen ihre Wege zu beiden Konfliktparteien gefunden hatten. Der israelische Standard-Kampfpanzer vom Typ „Merkava“ fährt mit einem deutschen Motor. Seine 120-mm-Granaten verschießt er mit einer in Deutschland entwickelten Kanone. Die deutsche Stabilisierungselektronik ermöglicht das gezielte Schiessen bei voller Fahrt. Panzerabwehr-Raketen vom deutsch-französischen Typ Milan wiederum stellen die größte Gefahr für die Merkava-Panzer dar. G3-Gewehre aus iranischer Produktion und mit deutscher Lizenz von Heckler und Koch gehören zur Standardbewaffnung der Hisbollah.

Wenn die israelische Sicherheit durch allzu offensichtliche Geschäftstüchtigkeit deutscher Unternehmen mit gefährdet ist, dann wird es Zeit für neue Runden der „Wiedergutmachung“. Als im Golfkrieg 1991 irakische Scud-Raketen auf Israel abgefeuert wurden, schenkte die deutsche Regierung Israel zwei Flugabwehr-Batterien vom Typ Patriot und vereinbarte die Lieferung von drei U-Booten des Typs Dolphin. Diese U-Boote sind mit atomareren Waffen bestückbar, stellen somit eine Beihilfe zur nuklearen Proliferation dar und sorgen dafür, dass sich Aufrüstungsspirale in der Region immer weiter dreht.

Militärpolitische Kooperation und Interessenpolitik

Zwischen 1994 und 2001 kamen Waffenexporte in Höhe von mindestens 120 Milliarden in den Nahen Osten, der stellt damit global den wichtigsten Absatzmarkt für Rüstungsgüter dar.⁵

Leider liefern westliche Staaten - nicht zuletzt Deutschland - nach wie vor Rüstungsgüter in die Region. Der Verkauf von zwei weiteren deutschen U-Booten an Israel, die Lieferung von 72 Eurofightern an Saudi-Arabien oder die Lieferung eines ATP Dingo 2 Testfahrzeugs sind lediglich drei aktuelle Beispiele aus dem Jahr 2006 für die gefährliche Aufrüstungsspirale im Nahen Osten, die von außen immer weiter angetrieben wird.

Es gibt angesichts dieser gefährlichen Entwicklung keine Alternative zu einem kompletten Stopp der Lieferung sämtlicher Rüstungsgüter in die Region. Auf dieser Grundlage ist eine regionale Friedens- Abrüstungskonferenz nötig, deren Finanzierung von all jenen unterstützt werden muss, die an der Aufrüstung verdient haben.

Leider ist eine regionale Abrüstung zur Zeit nicht auf der politischen Tagesordnung zu finden. Einzig die Hisbollah soll nun nach Ende des jüngsten Libanonkriegs ihre Waffen abgeben oder wenn sie dies nicht freiwillig tut, dazu gezwungen werden – auch mit Hilfe deutscher Soldaten. Zwei Fregatten, vier Schnellboote und zwei Versorgungsschiffe mit 1000 Soldaten kamen Anfang Oktober in Zypern an und sollen im Rahmen der UN-Resolution 1701 von ihrer dortigen Basis aus Waffenschmuggel

verhindern. Bis zu 2400 Soldaten sollen diese „robuste“ Aufgabe wahrnehmen.

Waffenschmuggel fand allerdings bisher vorwiegend über den Landweg statt. Es ist einerseits sehr unwahrscheinlich, dass sich dies ändern wird, andererseits ist Waffenschmuggel insgesamt schwer zu stoppen, wenn die entsprechenden Akteure die Unterstützung der Bevölkerung haben. Selbst in den hermetisch abriegelten Gaza-Streifen schmuggelten militante Kräfte Katyuscha-Raketen. Glücklicherweise schließt bis jetzt keine der bisher angedachten Anti-Schmuggel-Strategien ein Gaza-Szenario ein. Der militärische Sinn einer deutschen Präsenz vor dem Libanon ist also mehr als zweifelhaft.

Die Medienberichterstattung in Deutschland konzentrierte sich weniger auf die von Politikern angeführte „Hilfe für Israel“ sondern mehr auf anrührende Bilder von zurückbleibenden Partnerinnen und Kindern der Soldaten und auf Kanzlerin Merkel, die vor diesem Hintergrund erklärte, dass die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr für deren gewachsene Aufgabengebiete nicht mehr ausreiche. Wenn Merkel davon redet, die Mittel, die Deutschland derzeit für seine Verteidigung aufwende, seien „auf mittlere und längere Sicht nicht ausreichend“, dann meint sie damit jedoch weniger das Wohl der Soldaten, es geht ihr wohl eher um die Möglichkeit militärische Machtpolitik auszuüben. „Es müssten die militärischen Fähigkeiten mit den Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden, um politische Verantwortung zu übernehmen.“⁶

Rüstungsspirale - Nach allen Seiten offen

Die Frage, ob es überhaupt sinnvoll oder gar nötig ist, deutsche Soldaten in alle Welt zu schicken, gerät zur Nebensache. Erreicht wird durch den Einsatz der Bundeswehr in der Region Naher Osten aber auf jeden Fall eine völlige Enttabuisierung deutscher Militäreinsätze. Nach diesem Einsatz ist weltweit keine Region mehr denkbar, in der, aus welchen moralischen Gründen auch immer, deutsche Soldaten nicht eingesetzt werden können. Wie in den 1950er Jahren Rüstungsproduktion für Israel dabei half, deutsche Rüstungskapazitäten wieder aufzubauen, so hilft nun der Libanoneinsatz dabei, die letzten Schwellen für die globale machtpolitische Entfaltung des deutschen Militärs niederzureißen.

Bis heute hat die deutsche Rüstungs- und Militärpolitik wesentlich mehr zur Konflikteskalation als zur Herstellung von dauerhafter Sicherheit beigetragen. Nicht nur für den Nahen Osten ist deswegen die Frage relevant ob „Sicherheit“ überhaupt durch Rüstung und Militär herstellbar ist. Aufgrund ihrer großen moralischen Verantwortung für die Entstehung und die Aufrechterhaltung der Kriege und Krisen im Nahen Osten, sind deutsche Soldaten auf jeden Fall das denkbar schlechteste und unglaublichste Mittel zur Deeskalation. Ein wesentlicher Schritt zur Vorbereitung einer Lösung könnte ein umfassendes ziviles Wiederaufbauprogramm für alle Opfer des Libanonkrieges sein, das weit über die Zusagen der Geberkonferenz hinausgeht und direkt bei den Betroffenen ankommt. Die Menschen im Süden des Libanon erleben bis jetzt fast ausschließlich die Hisbollah als Helfer. So wird kaum Akzeptanz geschweige denn Unterstützung für eine Entwaffnung der Hisbollah zu mobilisieren sein.

Anmerkungen

¹ Das Amt Blank war von 1950 bis 1955 die Vorgängerorganisation des Bundesministeriums für Verteidigung.

² Martin Kloke: 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, Informationen zur politischen Bildung 2005.

³ Shlomo Spiro: Für Israels Sicherheit paktieren wir sogar mit dem Teufel - 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen der Nachrichtendienste, Das Parlament 15.4.2005.

⁴ Streitkräftebasis, Rundflug über die Logistik, 12.5.2004.

⁵ siehe hierzu die Abbildung unter <http://www.welt-hungerhilfe.de/fileadmin/media/eps/infografiken/Waffenhandel1cEPS.ps>

⁶ Financial Times Deutschland Online 20.9.2006



Israelischer Panzer mit deutschem Motor: Merkava

Eskalation mit Ansage

Nordkorea und die US-Ziele in Ostasien

von Jürgen Wagner

Am 9. Oktober testete Nordkorea (DVRK) erstmals eine Atombombe und reihte sich damit auch offiziell in die Riege der Nuklearwaffenstaaten ein. Wie vorauszusehen war, hagelte es direkt danach harsche internationale Kritik. Japan plädierte für scharfe Strafmaßnahmen, Russlands Präsident Wladimir Putin beklagte „großen Schaden“ und das Londoner Außenministerium kündigte eine „robuste“ Reaktion an. Bei einer Umfrage von FAZ.net sprachen sich mehr als 23% der Befragten für einen Militärschlag aus, über 34% für harte Sanktionen und lediglich 26% wollten intensivere Verhandlungen.¹

Nach allgemeiner Lesart stellt Pjöngjangs Atomwaffentest für Washington ein Desaster dar: „Die bisherige Nordkorea-Politik der USA ist damit gescheitert, denn deren erklärtes Ziel war es, zu verhindern, dass Nordkorea Atommacht wird. [...] Präsident Bush hat heute die Quittung für seine allzu kurzfristige Nordkorea-Politik bekommen. Eine Außenpolitik braucht eben nicht nur moralische Klarheit, sondern auch strategische Eindeutigkeit.“² Hier soll dagegen eine völlig andere Interpretation vorgebracht werden, nämlich, dass der Atomwaffentest die direkte und bewusst in Kauf genommene Folge des gezielten Eskalationskurses war, den die US-Regierung seit Amtsantritt 2001 verfolgt. Der US-Strategie geht es dabei aber weder prioritär darum, nordkoreanische Atomwaffen zu verhindern, noch beabsichtigt Washington, entgegen den Vermutungen vieler Kritiker, einen Regimewechsel herbeizuführen. Während etwa Tokio sogar „militärische Sanktionen“ fordert, fällt auf, dass die Bush-Administration, in krassem Gegensatz zu den massiven Kriegsdrohungen früherer Jahre, gegenwärtig von einem Angriff nichts wissen will und stattdessen erst einmal seelenruhig ihre Kriegsvorbereitungen gegenüber dem Iran beschleunigt - ein Angriff auf Nordkorea hat offenbar keine Priorität.³ Das eigentliche Ziel der Bush-Administration war und ist es, wie hier dargelegt werden soll, den vor ihrem Amtsantritt überaus erfolgreich eingeleiteten Entspannungsprozess auf der koreanischen Halbinsel auf Jahre hinaus zu untergraben und die Konfrontation mit Nordkorea auf hohem Niveau zu perpetuieren. Denn nur die Verlängerung der „nordkoreanischen Krise“ ermöglicht es

den USA, ihre Truppenpräsenz in Südkorea, die aufgrund des Entspannungsprozesses von Seoul zunehmend in Frage gestellt worden war, dauerhaft erhalten zu können. Da diese Truppen aber für die Eindämmung des „Strategischen Rivalen“ China (George W. Bush) von zentraler Bedeutung sind, musste diese Präsenz in Form einer gezielten Eskalation des Konfliktes erneut legitimiert werden, wie sich anhand von US-Strategiepapieren plausibel begründen lässt.⁴

Diese Interpretation erklärt nicht nur deutlich logischer das auf den ersten Blick widersprüchliche Verhalten der Bush-Administration, schlimmer noch, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich ab, dass die US-Strategie aufzugehen scheint. Der Fortführung des Entspannungsprozesses zwischen beiden koreanischen Staaten wurde auf Jahre hinaus ein schwerer Schlag versetzt - somit lässt sich leider feststellen: Mission accomplished!

Vordergründige Widersprüchlichkeiten der US-Strategie

In der Tat macht die US-Politik gegenüber Nordkorea auf den ersten Blick einen höchst inkonsistenten, ja dilettantischen Eindruck. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Verhinderung nordkoreanischer Atomwaffen wohl kaum die erste Priorität der Bush-Administration darstellte. Hierfür war es zu offensichtlich, dass Washingtons militärisches Säbelrasseln im Vergleich zu Verhandlungen ein völlig kontraproduktives Mittel darstellte: „Jedes Mal, wenn die USA eine aggressive Politik anwendeten, um Nordkorea zum Einlenken zu zwingen, wurde das Land widerspenstiger. Umgekehrt, wenn Washington auf eine eher kooperative Haltung setzte, reagierte Pjöngjang für gewöhnlich mit Zugeständnissen.“⁵ Womöglich hat sich die Bush-Administration - nicht das erste Mal - schlicht verkalkuliert. Aufgrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber jeglicher Form von Verhandlungen könnte sie schlicht darauf gehofft haben, die militärischen Drohungen würden genügen, um Nordkorea davon abzuhalten, sich Atomwaffen zu verschaffen. Die USA haben gebufft und Nordkorea wollte sehen.⁶ Da allerdings nahezu jeder Nordkorea-Experte prognostiziert hatte, dass Pjöngjang auf den US-Eskalationskurs mit der Entwick-

lung der Bombe reagieren würde, scheint es schwer vorstellbar, dass diese Vorhersagen nicht ins Kalkül der Bush-Administration eingeflossen sind. Deshalb vermuten viele Kritiker der US-Regierung, sie habe hierauf gezielt hingesteuert, um so einen Vorwand für einen bewaffneten Angriff zu erhalten.

Dies deckt sich aber schlichtweg nicht mit der tatsächlichen Handlungsweise der US-Regierung. Statt die Gelegenheit zu nutzen und einen militärischen Angriff ins Spiel zu bringen, forderte Washington lediglich eine „entschlossene Reaktion“ des Uno-Sicherheitsrates, indem Finanz-, Handels- und Reisesanktionen gegen Nordkorea verhängt werden. Besonders auffällig ist dabei, dass - zumindest in den ersten Verlautbarungen - von einem militärischen „Regime Change“ keine Rede ist. Am 10. Oktober versicherte US-Außenministerin Condoleezza Rice, „die Vereinigten Staaten beabsichtigen keinen Angriff und keine Invasion Nordkoreas.“⁷ Ebenso äußerte sich Sean McCormack, Pressesprecher des Außenministeriums: „Wir haben überdeutlich versichert, dass die Vereinigten Staaten keinen Angriff beabsichtigen. Dieses Element unserer Politik hat weiterhin [auch nach dem Atombombentest] Bestand.“⁸ Gleichzeitig veränderte George W. Bush weitgehend unbemerkt die „Rote Linie“, deren Überschreitung einen US-Angriff nach sich ziehen würde. Während diese bislang im Erwerb von Atomwaffen bestand, ist es inzwischen die Weitergabe, die als Kriegsgrund betrachtet wird: „Der Transfer von Atomwaffen oder atomarem Material durch Nordkorea an Staaten oder nichtstaatliche Akteure würde eine schwere Bedrohung der USA darstellen, und wir würden Nordkorea für einen solchen Vorgang in vollem Maß zur Rechenschaft ziehen.“⁹ In dieses Bild passt auch, dass die am 14. Oktober beschlossene UNO-Resolution 1718 militärische Maßnahmen - offensichtlich mit US-amerikanischer Zustimmung - explizit ausschließt.

Dieses Verhalten der US-Regierung steht jedoch in krassem Widerspruch zu den tonnenweise vorgebrachten Kriegsdrohungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2002, als die Krise eskalierte und das nordkoreanische Atomprogramm noch durch ernsthafte Verhandlungen zu stoppen gewesen wäre. Nachdem die Vereinigten Staaten also zunächst eine gezielte Eskalation betrieben, die den Anschein erweckte, ein militärischer Angriff stehe kurz bevor, will man plötzlich hiervon nichts mehr wissen. Wie erklärt sich diese vordergründig höchst widersprüchliche Strategie?

Eine mögliche Erklärung besteht darin, dass Nordkorea auf der Prioritätenliste



der „Achse des Bösen“ ganz hinten steht, da sowohl der Irak, als auch der Iran aufgrund ihrer Ölvorkommen deutlich wichtiger sind. So könnte es zwar durchaus das Ziel sein, das Regime zu stürzen, aufgrund der geringeren ökonomisch-strategischen Bedeutung Nordkoreas, seiner schlagkräftigen Armee, der desaströsen Lage in Afghanistan und Irak sowie der Tatsache, dass dem Iran höhere Priorität zukommt, wird aber derzeit von Versuchen, dies militärisch zu bewerkstelligen, abgesehen und stattdessen auf eine „Strangulierungsstrategie“ gesetzt. Verschiedene Initiativen (v.a. die Proliferation Security Initiative (PSI), die Illicit Activities Initiative (IAI) und die Human Rights Initiative (HRI)) sollen das Land unter Quarantäne setzen, destabilisieren und so zum Sturz Kim Jong Ils führen, so eine häufige Interpretation der US-amerikanischen Strategie.¹⁰ Sie verkennet jedoch, dass Kim Jong Ils Regime derzeit recht stabil zu sein scheint, sodass auf absehbare Zeit mit einem Erfolg der Strangulierungsstrategie nicht zu rechnen ist. Dies dürfte auch der Bush-Administration klar sein.¹¹

Vor allem aber erklärt sich hieraus nicht, weshalb Nordkorea gezielt suggeriert wurde, ein Angriff stehe kurz bevor, obwohl allen US-Offiziellen klar war, dass die hierfür notwendigen Kapazitäten im Irak und Afghanistan gebunden waren - zumal der Iran ohnehin das offensichtlich präferierte Ziel darstellt. Denn gerade mit dem militärischen Säbelrasseln, das bspws. durch OPLAN 5030 (s.u.) auch substantiell untermauert wurde, drängte man Pjöngjang förmlich zur Beschleunigung seines Atomprogramm: „Ende Mai 2003 hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die Ausarbeitung einer neuen Strategie für einen

Konflikt mit Nord Korea in Auftrag gegeben: ‚Operational Plan 5030‘. [...] Durch nicht angekündigte, grenznahe US-Manöver soll Nord Korea immer wieder in Alarmzustand gesetzt werden, in der Hoffnung, auf diese Weise wichtige nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die Lage der Kommunikationsknotenpunkte, der militärischen Kommandozentralen und deren Zusammenspiel im Ernstfall zu bekommen. ‚Einige der Sachen, die von Fargo (Admiral Fargo, US-Oberkommandierender für den Pazifik) verlangt werden, sind – wie soll ich das sagen – ziemlich provokant‘, beurteilt ein US-Regierungsbeamter den Plan.¹² Es war absolut vorhersehbar, dass Nordkorea hierauf mit einer Beschleunigung seines Atomwaffenprogramms reagieren würde. Handelte es sich also bei der US-amerikanischen Nordkorea-Politik um politstrategischen Dilettantismus großen Stils oder verfolgen die USA andere, nicht ganz so offensichtliche, aber weniger widersprüchliche und in sich logische Ziele?

Als Antwort auf diese Frage soll deshalb hier eine, zugegebenermaßen zynische, aber eben durchaus plausibel begründbare Interpretation für Washingtons Verhalten dargestellt werden, nämlich, dass Washington diese Krise von Anfang an gezielt herbeigeführt hat und bewusst in Kauf nahm, dass sich Nordkorea in deren Verlauf Atomwaffen beschaffen wird. Nicht aber etwa, um in dem Land einzumarschieren, sondern um den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel zu perpetuieren. Hierfür ist es aber zunächst erforderlich, den Verlauf der Eskalation näher zu betrachten.

Chronologie: Der Fahrplan in die Krise

Schon 1994 standen die USA und Nordkorea kurz vor einem Krieg, der durch den Abschluss eines Rahmenabkommens gerade noch abgewendet werden konnte. Es sah im Austausch für den nordkoreanischen Verzicht auf sein Atomprogramm u.a. die Bereitstellung von zwei Leichtwasserreaktoren bis 2003 und Öllieferungen vor, die für das unter dramatischer Energieknappheit leidende Land von zentraler Bedeutung waren.

Gegen Ende der Clinton-Administration deutete sich sogar eine schrittweise Normalisierung und Entspannung der Beziehungen an: „William Perry, ehemaliger US-Verteidigungsminister, unternahm eine Shuttle-Diplomatie, um als Sonderemissär von Präsident Clinton eine mittelfristige Nordkoreapolitik zu formulieren. Im Oktober 1999 veröffentlichte Perry seinen Bericht, der in dreierlei Hinsicht bedeutsam war: Beide Protagonisten wahrten ihr Gesicht; die in Washington angenommene Prämisse, Nordkorea werde alsbald zusammenbrechen, wurde revidiert, und schließlich ward die vom südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung verfolgte ‚Sonnenscheinpolitik‘ ausdrücklich befürwortet.“¹³ Diese Sonnenscheinpolitik, der Aussöhnungsprozess zwischen dem Norden und dem Süden, entwickelte sich zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls äußerst viel versprechend: „Am 13. Juni 2000 genoss die nordkoreanische Führung sogar als Gastgeber des ersten innerkoreanischen Gipfeltreffens den geschichtsträchtigen Moment, dass die Staatschefs beider Teilstaaten, Kim Dae-Jung und Kim Jong-Il, Freundlichkeiten per Handschlag austauschten. Zwei Tage später, am 15. Juni 2000, vereinbarten beide Staatsmänner die historische Nord-Süd-Deklaration. Über Familienzusammenführung und gegenseitige Besuchsprogramme hinaus sieht diese eine engere Kooperation in den Bereichen Kultur, Handel und Wirtschaft vor.“¹⁴ Diese positive Entwicklung verkehrte sich unter George W. Bush ins genaue Gegenteil.

Schon kurz nach Amtsantritt, im März 2001, brach die Bush-Administration sämtliche Beziehungen mit Nordkorea bis auf weiteres unvermittelt ab. Obwohl Pjöngjang ein großes Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen mit den USA zeigte und vor allem unmittelbar nach dem 11. September 2001 zahlreichen Bemühungen unternahm, „Wohlverhalten“ an den Tag zu legen¹⁵, fand sich das Land „zum Dank“ im Januar 2002 auf der „Achse des Bösen“ wieder. Parallel hierzu benannte die US-Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review) Nordkorea explizit als mögliches Ziel amerikanischer Atomschläge. Angesichts der kurze Zeit später verkündeten US-Präventivkriegsstrategie musste dies wohl unmissverständlich als ernste militärische Drohung aufgefasst werden. In der Tat arbeitete das Strategische Oberkommando der USA in der Folge im Rahmen des „Global Strike-Programms“ einen Einsatzplan für nukleare Präventivschläge gegen den Iran und Nordkorea (CONPLAN 8022-02) aus, der Ende 2003 fertig gestellt

war.¹⁶ Natürlich löste der Eskalationskurs der Bush-Administration in Nordkorea extreme Besorgnis aus, weshalb man sich von dem Besuch des zuständigen Staatssekretärs im Außenministerium, James Kelly, Anfang Oktober 2002 eine Art Neuanfang versprach. Die Stippvisite, bei der der US-Vertreter Berichten zufolge äußerst aggressiv auftrat, erwies sich jedoch als totales Fiasko, sodass sich die Situation rasant zuspitzte. Mitte November 2002 setzte die US-Regierung die für Nordkorea enorm wichtigen Öllieferungen aus und machte klar, dass die zugesagten Leichtwasserreaktoren - wenn überhaupt - erst 2008 geliefert werden würden. In der Folge brachte die US-Regierung zudem wiederholt eine militärische Lösung ins Spiel, am 30. November 2002 bspws. drohte US-Präsident George W. Bush, er erwäge „nicht-diplomatische“ Aktionen gegen Pjöngjang.

Vor diesem Hintergrund konnte wohl der nordkoreanische Diktator Kim Jong Il nur zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die USA bewusst auf einen Krieg zusteuern. Die Aussetzung der Öllieferungen stellte dabei ebenso wie die Erwähnung als Ziel amerikanischer Atomschläge eine eklatante Verletzung des Rahmenabkommens von 1994 dar. Dort hieß es in Artikel 3: „Die USA werden der DVRK formale Zusicherungen gegen die Drohung oder Anwendung von Atomwaffen durch die USA liefern.“ All diese Aspekte wurden von Nordkorea in einem offiziellen Brief als Gründe benannt, weshalb das Land das Rahmenabkommen für obsolet halte und deshalb beabsichtige, sein Atomprogramm wieder aufzunehmen. Am 31. Dezember 2002 mussten die UNO-Inspektoren schließlich das Land verlassen und am 10. Januar 2003 gab Nordkorea seinen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag bekannt. Gleichzeitig betonte Pjöngjang aber, jederzeit zu einer Rücknahme dieser Schritte bereit zu sein, wenn es dafür die 1994 ausgehandelten Zusagen, vor allem aber eine verlässliche Nicht-Angriffsgarantie erhalte.¹⁷

Die nun folgenden Verhandlungen mündeten schließlich nach einigem hin und her am 19. September 2005 in eine Erklärung zwischen Nordkorea, den Vereinigten Staaten, China, Japan, Russland und Südkorea. Pjöngjang versprach „alle Atomwaffen und existierenden Atomwaffenprogramme abzuschaffen“ während Washington im Gegenzug einem Absatz zustimmte, dass Nordkorea und die Vereinigten Staaten „ihre gegenseitige Souveränität respektieren, friedlich nebeneinander koexistieren und Schritte zur Normalisierung ihrer Beziehungen unternehmen.“ Kim Gye-gwan, der nordkoreanische Verhandlungsführer,

gab hierzu an: „Wir sind definitiv bereit, die Vereinbarungen vom 19. September Schritt für Schritt umzusetzen. Aber wir werden unser Atomwaffenprogramm keinesfalls komplett und endgültig auflösen, bis unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sich nicht vollständig normalisiert haben.“¹⁸

Nur vier Tage später jedoch verhängte das US-Finanzministerium umfassende Sanktionen: „Die finanziellen Einschränkungen waren hart. Die Vereinigten Staaten haben de facto alle Banken auf der Welt dazu aufgefordert, Nordkorea auszuschließen und keinerlei Transaktionen zu tätigen, die mit dem Land zu tun haben. [...] Beamte des Finanzministeriums haben unterstrichen, das Ziel sei, Nordkorea von jeglichem finanziellen Austausch mit dem Rest der Welt abzuschneiden.“¹⁹ Laut dem damals in Nordkorea recherchierenden Newsweek-Reporter Selig S. Harrison, der seine Aussagen auf zahlreiche Interviews mit Regierungsvertretern stützt, „sehen die nordkoreanischen Führer die finanziellen Sanktionen als die Speerspitze eines kalkulierten Versuches der dominierenden Elemente der Bush-Administration, die Vereinbarung vom 19. September zu untergraben, Kim Jong IIs Regime unter Druck zu setzen und schließlich seinen Kollaps herbeizuführen.“ Für Nordkorea waren die Sanktionen ein eindeutiges Zeichen, dass Washington auch weiterhin den Sturz des Regimes anstrebt, weshalb für Harrison die dramatische Beschleunigung des nordkoreanischen Atomprogramms eine direkte Reaktion auf Washingtons Strangulierungsstrategie darstellt.²⁰

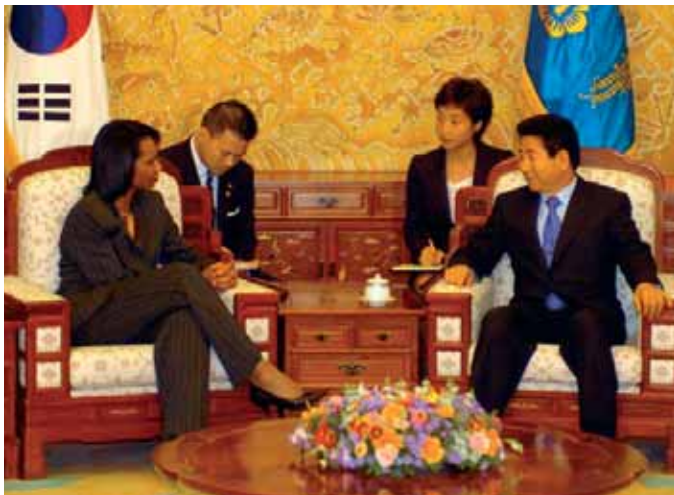
Um dem erwarteten US-Angriff vorzubeugen entschloss sich Kim Jong Il deshalb offenbar dazu, sich so schnell wie möglich Atomwaffen zu verschaffen: „Die Logik des Regimes in Pjöngjang: Nur durch die Bombe kann sich das Land der Amerikaner erwehren. Denn die USA haben noch nie in der Geschichte eine Nuklearmacht angegriffen.“²¹ Gleichzeitig erhofft sich Pjöngjang, seine Atomwaffen als Faustpfand für neuerliche Verhandlungen verwenden zu können, an deren Ende nicht nur eine militärische, sondern auch eine ökonomische Sicherheitsgarantie in Form der Beendigung der Strangulierungsstrategie der Bush-Administration steht. Im Gegenzug wäre man dann auch bereit, auf die Atomwaffen zu verzichten, wie ein nordkoreanischer Beamter auch noch nach dem Nukleartest bestätigte: „Wir sind weiterhin bereit, unsere Nuklearwaffen aufzugeben und auch an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Das ist möglich, sobald die Vereinigten Staaten entsprechende

Maßnahmen ergreifen.“²² Hiermit war die Aufgabe jeglicher Versuche gemeint, einen Regimewechsel zu forcieren. Die Logik des nordkoreanischen Diktators Kim Jong Il ist in diesen Zusammenhang also einigermaßen nachzuvollziehen, entgegen dem meist gezeichneten Bild verhält er sich in diesem Bereich durchaus rational.²³ Die Strategie der Bush-Administration dagegen ist auf den ersten Blick nur schwer zu verstehen. Hierfür ist es nötig die Bedeutung beider Koreas im Kontext der US-amerikanischen Hegepolitik zu betrachten.

China und der geostrategische Kontext

Dass die Grundprämisse der US-Außenpolitik darin besteht, die amerikanische Vormachtstellung auf Dauer zu sichern und auszuweiten sowie im Umkehrschluss den Aufstieg möglicher Konkurrenten aktiv zu verhindern, gehört inzwischen fast zum Allgemeinwissen. Besonders die rasanten chinesischen Machtgewinne der letzten Jahre haben unter Washingtons Strategen Besorgnis ausgelöst. Nahezu im gesamten derzeit dominierenden neokonservativen Spektrum wird die Auffassung vertreten, dass „die Vereinigten Staaten anerkennen sollten, dass ein Konflikt mit China möglich, wenn nicht gar unausweichlich ist.“²⁴ Bush selbst betonte bereits vor seinem Amtsantritt im Weißen Haus, China sei für ihn, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bill Clinton, nicht strategischer Partner, sondern „strategischer Konkurrent.“²⁵

Aus diesem Grund, so bspws. John Mearnsheimer, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, „haben die USA ein erhebliches Interesse daran, das chinesische Wirtschaftswachstum abzuschwächen. [...] Washington sollte tun, was in seiner Macht steht, um den Aufstieg Chinas zu verhindern.“²⁶ Diese Auffassung wird offensichtlich von höchsten Stellen innerhalb der Bush-Administration geteilt. Zalmay Khalilzad, einer der strategischen Vordenker der US-Regierung, visiert ganz offen eine gezielte Schwächung Chinas an. Washingtons Politik solle es sein, „ein relatives Anwachsen chinesischer Macht im Vergleich zu den Vereinigten Staaten zu verhindern, oder zumindest so lange wie möglich hinauszuzögern. Selbst wenn Chinas Aufstieg unvermeidlich ist, später ist besser als früher. Die Eindämmungsstrategie würde generell Anstrengungen beinhalten, Chinas ökonomisches Wachstum zu schwächen, da dies die wichtigste Basis nationaler Macht darstellt und speziell eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu verhindern. Sie würde auch Versuche umfassen, der Ausdehnung des chinesischen Einflusses über die eigenen Grenzen hinaus entgegen-



US Aussenministerin Rice beim Treffen mit Koreas Präsidenten Roh Moo-hyun, 19. Okt. 2006

zuwirken.²⁷ Gerade den rapide wachsenden chinesischen Einfluss in Ostasien²⁸ gilt es unbedingt zurückzudrängen. Denn für Pekings Aufstieg zu einem global ebenbürtigen Konkurrenten ist die Erlangung regionaler Hegemonie über seine unmittelbare Nachbarschaft aus Sicht der US-Strategen unbedingt erforderlich.²⁹ Genau dies ist der Grund, weshalb Südkorea für die USA eine enorme Bedeutung hat.

Korea und die militärische Eindämmung Chinas

Um dem Aufstieg Chinas entgegenwirken, die anvisierte Eindämmungsstrategie umsetzen und so ein weiteres Abdriften der ostasiatischen Staaten verhindern zu können, benötigen die USA eine massive Truppenpräsenz vor Ort, wie Henry Kissinger versichert: „Ein feindlicher asiatischer Block, der die bevölkerungsreichsten Länder der Welt und riesige Ressourcen mit einigen der industrialisiertesten Völker verbindet, wäre unvereinbar mit den amerikanischen nationalen Interessen. Aus diesem Grund muss Amerika eine Präsenz in Asien behalten und sein geopolitisches Ziel muss es bleiben, Asiens Zusammenschluss zu einem unfreundlichen Block zu verhindern (was am wahrscheinlichsten unter der Vormundschaft einer der großen Mächte geschehen wird).“³⁰ Gemeint ist damit natürlich primär China und mit Abstrichen Japan.

Washington hat für diesen Zweck derzeit etwa 100.000 Soldaten in Ostasien stationiert, allein 30.000 davon in Südkorea.³¹ Angeblich sollen diese Einheiten einzig und allein Südkorea vor einem Angriff aus dem Norden schützen, was allerdings mehr als fraglich ist. Südkorea hat ein dreißig mal höheres Bruttonozialprodukt und verfügt über doppelt so viele Einwohner wie die DVRK, wäre also absolut in der Lage, selbst für seine Sicherheit zu sorgen, weshalb Doug

Bandow, ehemaliges Mitglied der Reagan-Administration, zu folgender Schlussfolgerung gelangt: „Das ‚Stabilitätsargument‘ ist nichts anderes als ein Kodewort für die Aufrechterhaltung einer Militärpräsenz, um China einzudämmen und Japan in die Schranken zu verweisen.“³² Schon Clintons Verteidigungsminister William Cohen gab relativ unverblümt zu, die US-Truppen in Südkorea seien primär

zur Eindämmung Chinas vor Ort. Selbst für den Fall eines umfassenden Entspannungsprozesses, ja sogar bei einer Wiedervereinigung, müssten diese Truppen deshalb, so Cohens Schlussfolgerung, weiter dort stationiert bleiben. Das Argument, sie befänden sich dort, um Südkorea zu verteidigen, ist also lediglich ein vorgeschobenes.³³

Ebenso argumentiert ein neokonservatives Strategiepapier aus dem Jahr 2000, dem wohl wichtigsten Dokument zum Verständnis der gegenwärtigen US-Politik, indem es den eigentlichen Sinn und Zweck der US-Truppen in Südkorea folgendermaßen beschreibt: „Dies sind nun die einzigen permanent auf dem asiatischen Kontinent stationierten Kräfte. Sie werden weiterhin für den Fall einer koreanischen Wiedervereinigung und eines Anstiegs der chinesischen Militärmacht eine entscheidende Rolle in der amerikanischen Sicherheitsstrategie spielen müssen. [...] Wenn die USA die Schutzmacht in Nordostasien bleiben und eine de facto Allianz, dessen andere Säulen Korea und Japan sind, zusammenhalten wollen, ist die Aufrechterhaltung vorwärtsstationierter Truppen von entscheidender Bedeutung. [...] Eine steigende militärische Stärke der USA in Ostasien ist der Schlüssel, um mit Chinas Aufstieg zu einem Großmachtstatus umzugehen. [...] Keine US-Strategie kann eine chinesische Herausforderung für Amerikas regionale Führung einschränken, wenn unsere Sicherheitsgarantien für Südostasien vorübergehend sind und die US-Militärpräsenz eine befristete Angelegenheit ist.“³⁴ Innerhalb von Regierungskreisen gilt somit die größte Sorge der Möglichkeit, dass die USA gezwungen sein könnten, Teile oder gar sämtliche ihrer Truppen aus der Region abziehen zu müssen: „Die Zukunftsaussichten sind, dass Ostasien eine zunehmend bedeutsame Region wird, beeinflusst

von der aufsteigenden chinesischen Macht, während die Zahl der US-Truppen sinken könnte.“³⁵ Für Washington ist es also von überragender Bedeutung, dass die Truppen in Südkorea auch weiterhin dort stationiert bleiben können, jegliche Annäherung zwischen Seoul und Pjöngjang ist aus diesem Grund unerwünscht.

Torpedo gegen die Sonnenscheinpolitik

Es liegt auf der Hand, dass die beste Möglichkeit, Nordkorea dazu zu bewegen, sein Atomwaffenprogramm wieder aufzugeben und politische Liberalisierungsschritte zu ergreifen, die Einleitung eines umfassenden Entspannungsprozesses sowohl zwischen Washington und Pjöngjang, aber auch zwischen Nord- und Südkorea wäre. In der Tat zeigte sich, dass diesbezüglich die Sonnenscheinpolitik Südkoreas ebenso erfolgreich war, wie die Versuche der USA am Ende der Clinton-Regierung, eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen einzuleiten. So war man damals meilenweit von einem Konflikt entfernt und es gab vor Bushs Amtsantritt sogar ebenso deutliche Anzeichen für eine politische Liberalisierung in Nordkorea, wie auch für eine Annäherung an die Nachbarstaaten.³⁶

Statt diesen Weg weiter zu beschreiten, eskalierte Washington nicht nur seine eigenen Beziehungen mit Pjöngjang, sondern versuchte auch die Sonnenscheinpolitik bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu untergraben. „Selten dürfte im Weißen Haus ein Staatsgast dermaßen brüskiert worden sein, wie das Anfang März 2001 dem südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung widerfuhr. Anlässlich dieses ersten Staatsbesuchs eines asiatischen Regierungsoberhauptes beim neuen Chef im Weißen Haus nannte Präsident Bush Nordkorea am 7. März 2001 unvermittelt und ohne Umschweife einen ‚Bedrohungsfaktor in Ostasien‘, mit dem Gespräche ausgesetzt und erst nach einer kompletten Neubestimmung der US-Asienpolitik wieder aufgenommen würden. Als er auch noch den innerkoreanischen Dialog in Zweifel zog, diesen sogar als ‚naiv‘ abstempelte, standen Kim Dae-Jung samt Entourage wie begossene Pudel da.“³⁷

Offensichtlich passt Washington eine Annäherung zwischen Nord- und Südkorea nicht ins strategische Konzept. Eine Studie der dem Pentagon nahe stehenden National Defense University, erklärt weshalb, indem sie die Auswirkungen einer Annäherung beider Länder der koreanischen Halbinsel für die US-Militärpräsenz beschreibt: „Die weit verbreitete Euphorie über eine neue Ära auf der koreanischen Halbinsel, [...] erodiert gleichzeitig die öffentliche Unterstützung für die dortige US-Militärpräsenz

im Süden. In einer jüngsten Umfrage meinten nahezu 65% der Südkoreaner, dass die US-Streitkräfte reduziert werden sollten. [...] Wenn es eine wirkliche Veränderung auf der koreanischen Halbinsel gibt - und selbst wenn diese Veränderung nur eine scheinbare bleibt - wird es dort und eventuell auch in Japan, erheblichen Druck geben, die US-Truppen zu reduzieren. Peking wird tun, was es kann, um eine solche Entwicklung zu fördern.⁴³

Ebenso deutlich sind die diesbezüglichen Ausführungen von Zalmay Khalilzad: „Nordkorea, möglicherweise von China dazu ermutigt, könnte indirekt auf einen totalen US-Rückzug aus Südkorea drängen, während es mit Seoul über eine Annäherung verhandelt und versucht seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern. Die Entwicklung der US-Präsenz in Südkorea wird umgekehrt die amerikanische Militärpräsenz in Japan beeinflussen. Tokio könnte die Gelegenheit einer koreanischen Annäherung nutzen, um auf Änderungen, möglicherweise einer Reduzierung der US-Militärpräsenz in Japan zu drängen.“³⁹

Der Politikwissenschaftler Christopher Layne spricht Washington deshalb jegliches Interesse an einer Entspannung ab: „Obwohl beispielsweise die meisten Amerikaner glauben könnten, dass ein wiedervereinigtes, demokratisches Korea unzweifelhaft im Interesse Amerikas wäre, erklärte der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski in seinem 1997 erschienenen Buch Die einzige Weltmacht (wahrscheinlich die freimütigste Darlegung der amerikanischen Globalstrategie nach dem Kalten Krieg) wiederholt, wie eine solche Entwicklung tatsächlich die unipolare US-Strategie gefährden würde: Sie würde, so Brzezinski, [...] die vorgeschobene Notwendigkeit von US-Truppen auf der Halbinsel vor Augen führen, was zu einem US-Rückzug aus Ostasien und daraufhin zu einem militärisch eigenständigeren Japan führen würde. Dies würde politische, militärische und ökonomische Rivalitäten unter den Staaten der Region auslösen. Deshalb sei der Status quo in Korea, der es den US-Truppen erlaubt, dort zeitlich unbegrenzt stationiert zu bleiben, die beste Situation.“⁴⁰ Auch Henry Kissinger erwartet, bei einem Erfolg der Sonnenscheinpolitik den Rausschmiss aus Südkorea. Dies würde einen „Dominoeffekt“ auslösen und damit den Verlust der US-Truppen in Japan nach sich ziehen.⁴¹ Avery Goldstein, ein vehementer Befürworter der US-Präsenz in Ostasien, sieht ebenfalls ein Problem in einer koreanischen Wiedervereinigung, da eine „Annäherung auf der koreanischen Halbinsel dieses Argu-

ment [die US-Truppen seien zur Verteidigung Südkoreas dort] eliminieren und von den USA und seinen Alliierten, inklusive Japan, abverlangt wird, neue Rechtfertigungen für ihre militärischen Stationierungen nach dem Kalten Krieg vorzulegen.“⁴²

Damit diese missliche Situation erst gar nicht eintritt, scheint es plausibel anzunehmen, dass Washingtons vorrangiges Ziel darin besteht, die „nordkoreanische Krise“ unter allen Umständen zu perpetuieren und somit jegliche Entspannungstendenzen dauerhaft zu untergraben. Nur hierdurch können die US-Truppen weiterhin in Südkorea stationiert bleiben, ohne deren eigentlichen Zweck, die Eindämmung Chinas, offen legen zu müssen. Dass im Zuge dieser Eskalationsstrategie Nordkorea versuchen würde, sich Atomwaffen zu verschaffen wurde dabei allem Anschein nach sehenden Auges in Kauf genommen.

Mission accomplished!

Wie zu erwarten war, schloss die UNO-Resolution 1718 vom 14. Oktober militärische Maßnahmen explizit aus. Obwohl dies primär dem chinesischen (und teils russischen) Drängen zugeschrieben wird, war es aber offensichtlich, dass auch die US-Regierung an einer militärischen Eskalation wenig bis kein Interesse zeigte und mit dem Resolutionstext gut leben konnte. Dies zeigte sich schon allein daran, dass selbst der US-amerikanische UNO-Botschafter John Bolton, ohne Zweifel einer der übelsten Kriegstreiber in Washington, anmerkte, das Ergebnis sei „sehr zu unserer Zufriedenheit“ ausgefallen.⁴³

Die Stabilität des Regimes dürften die verhängten Sanktionen jedenfalls wohl kaum ernsthaft gefährden, sie werden lediglich die Hardliner in Nordkorea stärken und Argumente liefern, die extreme Hochrüstung des Landes weiter zu forcieren (ca. 30% des Haushalts fließt in den Militärhaushalt), während große Teile der Bevölkerung an akuter Nahrungsmittelknappheit leiden. Da es aber unwahrscheinlich ist, dass das System von Innen heraus zusammenbricht und ein militärischer Angriff gegenwärtig nicht zur Debatte steht, erreicht man hiermit lediglich, dass der Konflikt auf hohem Intensitätsniveau fortbesteht, eine ernsthafte Verhandlungsbereitschaft auf Seiten der USA, um zu einer politischen Lösung und einem Entspannungsprozess zu gelangen, ist jedenfalls augenblicklich nicht zu erkennen.

Somit scheint die Strategie der Bush-Administration aufgegangen zu sein. Denn es steht zu befürchten, dass die erneute Eskalation auf der koreanischen Halbinsel auf Jahre hinaus

einen schweren Schlag versetzt hat. „Unter diesen Umständen wird es die Regierung zunehmend schwierig finden, an ihrer Einbindungspolitik gegenüber Nordkorea festzuhalten“, sagte der südkoreanische Staatspräsident Roh Moo Hyun, einer der stärksten Befürworter des Aussöhnungsprozesses, als Reaktion auf Pjöngjongs Atomwaffentest.⁴⁴ Sebastian Harnisch von der Bundeswehr-Universität München kommt zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtige Krise zu einer Stärkung der Vereinigten Staaten führen wird, da sie einen Keil zwischen Nord- und Südkorea treibt und eine Wiederannäherung zwischen Seoul und Washington bedingt: „Die Südkoreaner werden die gemeinsame Sonderwirtschaftszone an der demilitarisierten Zone runterfahren - auch um zu verhindern, dass die Spannungen aus dem Ruder laufen, die es im amerikanisch-südkoreanischen Verhältnis in der Vergangenheit über den Umgang mit Nordkorea gegeben hat. In Südkorea regiert ja eine eher linke Regierung, die auf Aussöhnung und Wandel durch Annäherung gesetzt hat. Dies das hat schon bislang in der Allianz mit den USA zu Schwierigkeiten geführt und nun wird sicher der Schulterschluss gesucht werden.“⁴⁵

Angesichts dieser Situation werden derzeit die Rufe nach den USA als militärischer Schutzmacht insbesondere in Japan und Südkorea wieder lauter, was von Washington natürlich bereitwillig aufgegriffen wird. So äußerte sich Condoleezza Rice am 18. Oktober folgendermaßen: „Die USA haben den Willen und die Fähigkeit, die volle Bandbreite - und ich betone volle Bandbreite - seiner Japan gegebenen Zusagen in den Bereichen Abschreckung und Sicherheit einzulösen.“ Aufgrund der großen Gefahr, die von Nordkorea ausgehe, sei es notwendig, die US-Militärpräsenz in Ostasien ad infinitum aufrecht zu erhalten: „Deswegen ist es extrem wichtig, dass wir mit allem Nachdruck die US-Zusagen für die Verteidigung von Japan und Südkorea bekräftigen“, so die US-Außenministerin.⁴⁶ Durch ihren bewussten Eskalationskurs haben die USA somit tatsächlich erreicht, dass ihre massive Truppenpräsenz in der Region wieder an Zustimmung gewinnt, die zuvor ernsthaft in Frage gestellt wurde - Mission accomplished!

Anmerkungen

¹ Netzzeitung 09.10.2006; Focus.de, 09.10.2006; FAZ.net, 09.10.2006.

² Fritz, Martin: Amerikanische Nordkorea-Politik gescheitert, tagesschau.de, 11.02.2005; Vgl. auch „Bush-Politik gegenüber Nordkorea gescheitert.“ Koreaexperte Sebastian Harnisch im Interview, Der Standard, 09.10.2006.

³ Elsässer, Jürgen: Augen zu und Vollgas: Die USA suchen nach Strategien gegen Nordkoreas Atombombe

und verstärken ersatzweise Drohungen gegen den Iran, Junge Welt, 11.10.2006.

⁴ Die grundlegende Argumentation und Teile dieses Artikels basieren auf einer älteren Studie: Wagner, Jürgen: Schurkenpläne: Krieg oder Krise - wohin steuert die Nordkoreapolitik der Bush-Administration?, IMI-Studie 2003/03.

⁵ Bleiker, Roland: A rogue is a rogue is a rogue: US foreign policy and the Korean crisis, in: International Affairs 79, No. 4, 2003, p. 719-737, S. 723.

⁶ Vgl. Karon, Tony: North Korea Calls the U.S.'s Bluff, Time.com, 09.10.2006.

⁷ Rice says U.S. will not invade North Korea, AP, 10.10.2006.

⁸ Lynch, Colum/Fan, Maureen: China Says It Will Back Sanctions On N. Korea, Washington Post, 11.10.2006.

⁹ Krauel, Torsten: „Den Tag wird Kim Jong Il noch bereuen“, Die Welt 12.10.2006.

¹⁰ Vgl. bspws. Mansourov, Alexandre Y.: The Time of Reckoning: U.S. Vital Interests on the Korean Peninsula and Response to the Escalation of the North Korean Nuclear Crisis, Nautilus Policy Forum Online, 11.10.2006.

¹¹ Harrison, Selig S.: North Korea: A Nuclear Threat, Newsweek, 16.10.2006.

¹² Rupp, Rainer: OPLAN 5030 - Rezeptur für den nächsten Krieg, 15.07.2003, URL: <http://www.friedensforum-duisburg.de/rupp.htm>

¹³ Werning, Rainer: „Sonnenscheinpolitik“ in Bombenstimmung, Junge Welt, 07.09.2006.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Hilpert, Hans Günther: Nordkoreas Nuklearpoker, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 02.09.2003.

¹⁶ Arkin, William: Not Just A Last Resort? A Global Strike Plan, With a Nuclear Option, Washington Post, 15.05.2005.

¹⁷ Vgl. Wagner 2003 aaO., S. 2ff.

¹⁸ Harrison 2006 aaO.

¹⁹ Ebd.

²⁰ „Wenn die Vereinigten Staaten nicht bereit sind, alle Finanzsanktionen auf der Stelle aufzuheben“, so Außenminister Paik Nam Soon, „dann zeigt das uns auf eine bestimmte Weise, dass sie bereit sind, ihre Regi-

mewechsel-Politik aufzugeben.“ Da dies von Washington barsch abgelehnt wurde, war die Schlussfolgerung hiraus für Pjöngjang eindeutig. Vgl. ebd.

²¹ GMX.de, 10.10.2006.

²² Alford, Peter: North Korea warns of attack, The Australian, 11.10.2006.

²³ Bleiker 2003 aaO., S. 729f.

²⁴ Kaiser, Robert G./Mufson, Steven: Blue Team Draw A Hard Line on Beijing, Washington Post, 22.02.2000; vgl. auch Munro, Ross H.: China. The Challenge of a Failing Power, in: Kagan, Robert/Kristol, William (eds.): Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy, San Francisco 2000, S. 47-74.

²⁵ Lippman, Thomas: The Tables Turn as Bush Criticizes Clinton's Policy Towards China, Washington Post, 20.08.1999.

²⁶ Mearsheimer, John J.: The Tragedy of Great Power Politics, New York 2001, S. 402.

²⁷ Khalilzad, Zalmay: U.S. Strategy Toward China, in: Carlucci, Frank/Hunter, Robert/Khalilzad, Zalmay (eds): Taking Charge: A Bipartisan Report to the President Elect on Foreign Policy and National Security - Discussion Papers, Santa Monica 2001, S. 60-67, S. 64.

²⁸ Shambaugh, David: Rising Dragon and the American Eagle - Part I, YaleGlobal, 20.04.2005.

²⁹ Vgl. Rodman, Peter W.: Uneasy Giant: The Challenges To American Preponderance, The Nixon Center, Washington D.C. 2000, S. 24f.; Wohlforth, William C.: The Stability of a Unipolar World, in: International Security, Vol. 24, No. 1, S. 5-41, S. 30.

³⁰ Kissinger, Henry: Does America need a foreign policy? Toward a diplomacy for the 21st century, New York 2001, S. 112.

³¹ Für 2008 ist zwar eine Reduzierung auf etwa 25.000 vorgesehen, diese sollen aber dauerhaft in Südkorea stationiert bleiben.

³² Bandow, Doug: Korean Détente: A Threat to Washington's Anachronistic Military Presence?, CATO Foreign Policy Briefing, No. 59, 17.08.2000, S. 1.

³³ Johnson, Chalmers: Ein Imperium verfällt: Wann endet das Amerikanische Jahrhundert?, München 2000, S. 169; 183; Bandow 2000 aaO., S. 1.

³⁴ Rebuilding America's Defenses. A Report of The Project for the New American Century, September

2000, S. 18f.

³⁵ Ebd., S. 18. Vgl. auch eine Studie des Strategic Studies Institute: „Die größte und grundlegendste künftige Herausforderung für die USA in der asiatisch-pazifischen Region, könnte es schlicht sein, eine Präsenz aufrecht zu erhalten.“ Vgl. Scobell, Andrew/Wortzel, Larry M.: The Asia-Pacific in the U.S. National Security Calculus for a New Millennium, Carlisle 2000, S. 22.

³⁶ Vgl. French, Howard W.: Signs of Change emerge in North Korea, International Herald Tribune, 10-11.08.2002.

³⁷ Werning 2006 aaO.; vgl. auch Schwarz, Benjamin/Layne, Christopher: A New Grand Strategy, in: The Atlantic Monthly, January 2002; Steinberg, David I.: A Wrench in Korean Peace machinery, International Herald Tribune, 01.02.2002.

³⁸ Przystup, James J./Montaperto, Richard N.: East Asia and the Pacific, in: Strategic Challenges for the Bush-Administration. Perspectives from the Institute for National Strategic Studies, Washington D.C. 2001, S. 3-10, S. 5, 8; Vgl. auch Brooke, James, U.S. soldiers in South Korea feel growing anti-Americanism, International Herald Tribune, 08.01.2003.

³⁹ Khalilzad, Zalmay/Ochmanek, David/Shapiro, Jeremy: Forces for What? Geopolitical Context and Air Force Capabilities, in: Khalilzad/Shapiro: United States Air and Space Power in the 21st Century, Santa Monica 2002, S. 15-50, S. 19.

⁴⁰ Schwartz/Layne 2002 aaO.

⁴¹ Kissinger 2001 aaO., S. 128. Vgl. auch Cha, Victor D.: Focus on the Future, Not the North, in: The Washington Quarterly (Winter 2003), S. 91-107, S. 96f.; Haselden, Carl E. Jr.: The Effects of Korean Unification on the US Military Presence in Northeast Asia, in: Parameters, Winter 2002-03, S. 120-132, S. 130.

⁴² Bandow 2000 aaO., S. 6.

⁴³ Resolution 1718: Harte Sanktionen gegen Nordkorea, sueddeutsche.de, 14.10.2006.

⁴⁴ Japan erwägt harte Sanktionen, Focus.de, 09.10.2006.

⁴⁵ Interview mit Sebastian Harnisch 2006 aaO.

⁴⁶ USA sichern Japan in Nordkorea-Atomkonflikt Schutz, Reuters, 18.10.2006.

Solidarität mit Agustín Aguayo

Während die militärische Lage in Afghanistan und im Irak zunehmend eskaliert haben die Vereinigten Staaten nicht nur enorme Probleme an Rekruten zu gelangen, ihnen laufen auch buchstäblich die Leute weg. Nach Angaben der „Air Force Times“ (5. Juli 2006), räumte das Pentagon was, dass seit dem Jahr 2000 etwa 40.000 Soldaten desertiert seien. In Deutschland machte dabei jüngst vor allem der Fall von Agustín Aguayo Schlagzeilen.

Aguayo, dessen vor über 2 Jahren gestellter Antrag auf Kriegsdienstverweigerung von der Armee abgelehnt worden war, sollte am 2. September erneut in den Irak verlegt werden, woraufhin er sich dazu entschloss, sich von seiner Einheit in Schweinfurt zu entfernen. Hierzu war er gezwungen, da die Armee trotz seiner Bereitschaft lieber ins Gefängnis als in den Irak zu gehen, darauf bestand, ihn mit der Einheit zu verlegen - im Zweifel auch in

Handsellen. Er erklärte: „Mit meiner Kriegsdienstverweigerung verweigere ich alle Formen und Aspekte des Krieges. Ich will mir selbst treu bleiben und verweigere daher einen erneuten Einsatz im Irak. Selbst wenn ich jetzt dort Küchendienst machen sollte oder Toiletten säubere, würde ich immer noch den Militäreinsatz unterstützen, den ich ablehne.“

Agustín Aguayo stellte sich am 26. September und ist derzeit in der Coleman-Kaserne in Mannheim inhaftiert. Er ist der erste öffentlich bekannte Fall eines in Deutschland stationierten US-Soldaten, der seine Verlegung in den Irak verweigert. Es steht zu hoffen, dass noch weitere hinzukommen werden.

Rechtshilfefonds: Für die anwaltliche Vertretung bittet die Familie um Spenden. Weitere Informationen dazu sind zu finden unter <http://www.aguayodefense.org>

Jürgen Wagner



Wenn Maßstäbe verloren gehen

Wie Soldaten durch den Krieg verrohen

von Dirk Eckert

Vor zwei Jahren sorgte der Folterskandal im irakischen Gefängnis Abu Ghraib weltweit für Empörung. Bilder von misshandelten Gefangenen schockierten nicht nur die arabische und amerikanische Öffentlichkeit. Sie heizten zugleich die anti-amerikanische Stimmung an und diskreditierten die US-Truppen. Doch Abu Ghraib - so viel ist inzwischen klar - ist kein Einzelfall. Immer häufiger ist von Übergriffen und anderen Vorkommnissen die Rede. Das US-Militär hat zahlreiche Verfahren eingeleitet. Und nicht alle, so ist zu vermuten, sind Gegenstand der Berichterstattung.

Mittlerweile erregen solche Fälle nur dann größeres Aufsehen, wenn Soldaten irakische Zivilisten regelrecht massakrieren. Wie zum Beispiel im Fall Haditha. In der westirakischen Stadt haben US-Soldaten letztes Jahr 24 Zivilisten getötet. Offenbar aus Rache - zuvor hatten sunnitische Aufständische einen Kameraden getötet und zwei Soldaten schwer verletzt. Das ergaben jedenfalls die Ermittlungen des Militärs. Neben Haditha wurden mittlerweile auch andere Gräueltaten bekannt. Im März zum Beispiel sollen mehrere US-Soldaten im so genannten sunnitischen Dreieck ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt und anschließend samt ihrer Familie ermordet haben. Zum irakischen Alltag gehört auch, dass Zivilisten damit rechnen müssen, dass sie von US-Soldaten für Aufständische gehalten werden. Bei Kontrollen an den Checkpoints oder bei nächtlichen Patrouillen können sie dann schnell Opfer nervöser und schießwütiger Kontrollposten werden. Dieses Vorgehen der amerikanischen Truppen wird inzwischen auch von der US-freundlichen irakischen Regierung offen kritisiert. Premierminister Nuri Kamal al-Maliki nannte es kürzlich „völlig inakzeptabel“, dass Menschen „nur auf Verdacht“ erschossen würden.

Mittlerweile hat das Pentagon reagiert. Am 1. Juni dieses Jahres gab das Verteidigungsministerium bekannt, dass die amerikanischen Soldaten im Irak zusätzlich „nachgeschult“ würden. Ziel sei, die GI's anzuhalten, „auf dem Schlachtfeld rechtliche, moralische und ethische Standards einzuhalten“. Gleichzeitig spielte das Militär Übergriffe und begangene Verbrechen jedoch als bedauerliche Ausnahmen herunter. 99,9 Prozent der Soldaten würden, so das Pentagon wörtlich, einen „großartigen

Job“ machen. Leider gebe es einzelne, die „auf die schiefe Bahn“ geraten würden. Doch mit Nachschulungen dürfte das Problem kaum in den Griff zu bekommen sein. Auch wenn die politische Führung in Washington es nur scheinbar zugibt: Die amerikanischen Soldaten befinden sich mitten in einem Bürgerkrieg. Nicht nur Anhänger des alten Regimes oder Al-Qaida-Mitglieder, auch schiitische Milizen versuchen, ihre Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen. In diesem Bürgerkrieg versuchen die amerikanischen Truppen klassische Polizeifunktionen zu erfüllen. Also Aufgaben, für die sie eigentlich nicht ausgebildet sind. Bei Patrouillen oder an den Straßensperren können sie nie sicher sein, ob sie es mit Zivilisten, bewaffneten Kämpfern, oder womöglich sogar Selbstmordattentätern zu tun haben.

Die Soldaten sind überfordert, und dementsprechend locker sitzt die Waffe. Und die Vorgesetzten decken ganz offensichtlich diese Praxis - ja, sie fordern sie sogar ein. Wie die amerikanische Zeitung San Francisco Chronicle schon vor drei Jahren berichtete, gab bei einer nächtlichen Patrouille in Tikrit im Herbst 2003 der verantwortliche Offizier seinen Soldaten folgende Einsatzrichtlinie: „Shoot to kill. No questions asked.“ Ein Presseoffizier der US-Armee vor Ort rechtfertigte diese Praxis gegenüber der Zeitung mit den Worten: „Das ist der Krieg. Jemand schießt aus einem Fenster, wir feuern hundertmal zurück. Jemand fährt auf einen Checkpoint zu, wir feuern auf das Fahrzeug.“ Wenn Soldaten beschuldigt werden, Zivilisten getötet zu haben, berufen sie sich nicht selten auf solche Einsatzregeln. So auch Nathan Lynn, der im Februar einen Unbewaffneten erschossen hat. Und tatsächlich wurden die Ermittlungen gegen den National Guardsman aus Pennsylvania eingestellt. Ähnlich hat sich die Militärjustiz auch in vielen anderen Fällen verhalten. Nicht zuletzt unter Hinweis auf die drohenden Selbstmordattentate akzeptiert sie regelmäßig die Argumentation der Soldaten und stellt das Verfahren ein. So hat das Töten Unschuldiger für Täter in Uniform meist keine Konsequenzen. Das zeigt auch ein Blick in die Statistik: Von Beginn des Irak-Kriegs im März 2003 bis Anfang 2006 klagte die amerikanische Militärjustiz 39 Soldaten an wegen des Todes von insgesamt zwanzig Irakern. Dabei wurden nach Exper-

tenangaben mittlerweile erheblich mehr Zivilisten von US-Soldaten erschossen. Die Nichtregierungsorganisation „Iraq Body Count“ schätzt, dass insgesamt 40.000 bis 45.000 irakische Zivilisten von US-Soldaten, Terroristen und Aufständischen getötet worden sind. Genaue Zahlen gibt es nicht, jedenfalls veröffentlicht das Pentagon keine. Allerdings hat das US-Militär inzwischen eingeräumt, im vergangenen Jahr im Schnitt einen Zivilisten pro Tag getötet zu haben.

Es ist nicht absehbar, dass sich daran in nächster Zeit viel ändern wird. Denn ein Ende des Konfliktes ist nicht in Sicht. Damit aber sind Überreaktionen von Soldaten, die über den Tod ihrer Kameraden in einen regelrechten Blutausch verfallen, morden und vergewaltigen, auch weiterhin nicht auszuschließen. Ob von oben verordnete Ethik-Schnell-Kurse daran etwas ändern werden, - das darf bezweifelt werden. Hinzu kommt, dass das Pentagon selbst kein gutes Vorbild abgibt. Von der Militärführung gibt es widersprüchliche und zweideutige Signale, was im Kampf gegen Terroristen und Aufständische erlaubt ist. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang beispielsweise an den Folterskandal von Abu Ghraib und den dort angewandten Methoden, um Gefangene für Verhöre „vorzubereiten“. Außerdem bleibt der Eindruck, dass Massaker im Irak nur zögerlich aufgeklärt werden. Der Tod von unschuldigen Zivilisten führt jedenfalls nicht automatisch zur Einleitung von Ermittlungen, wie der Fall Haditha deutlich gemacht hat. Es sind eher Recherchen einiger weniger Journalisten, die das Militär zum Handeln zwingen. Und auch bei der Aufarbeitung früherer Kriege ist die US-Regierung nicht an Selbstkritik interessiert. Wie die Los Angeles Times kürzlich berichtete, hat das Militär während des Vietnamkrieges zwar eigene Untersuchungen über Verbrechen amerikanischer Soldaten durchgeführt. Die armeeinternen Ermittlungen zeigen deutlich, dass es mehr Gräueltaten als das Massaker von My Lai gegeben hat, bei dem US-Soldaten 504 Menschen getötet hatten. Die Ermittler konnten 241 Vorfälle mit 300 Gräueltaten nachweisen, dazu gehörten Massaker, Angriffe auf Zivilisten und Folter. Veröffentlicht wurden diese Zahlen aber nicht. Nur wenige Soldaten wurden wegen der Ermordung von Zivilisten in Vietnam verurteilt. Und bis heute weigert sich das Pentagon, alle Gräueltaten, die US-Soldaten in Vietnam begangen haben, öffentlich zu machen. Nachdem die Los Angeles Times einen Teil der Ermittlungsunterlagen eingesehen hatte, wurden diese wieder unter Verschluss genommen.

Bericht vom 9. IMI-Kongress

Krieg im Staat - Staat im Krieg

Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt

Rund 130 Besucher/innen kamen zum neunten Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., der vom 17. bis 19. November in Tübingen stattfand. Er beschäftigte sich mit Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Innen- und Außenpolitik. Mit den quasi-kolonialen Einsätzen der Bundeswehr kehre der Militarismus in Form von Bundeswehreinheiten im Inneren und der Einschränkung demokratischer Rechte als Bumerang zurück. Deshalb beschlossen die Teilnehmer, in der Abschlussdiskussion eine Kampagne für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr zu initiieren.

In der multimedialen Auftaktveranstaltung am Freitagabend, „Demokratie im Ausnahmezustand“ wurde erläutert, dass in Folge des „Kriegs gegen den Terror“ der „Ausnahmezustand in Permanenz“, der Einsatz des Militärs im Inneren, die Einschränkung parlamentarischer Kontrolle und die Aufhebung von Menschen- und Bürgerrechten ausgerufen wurde. Als Anlass wurden die weltweit steigenden sozialen Kämpfe identifiziert, die aus Sicht der Herrschenden Aufstandsbekämpfung und die Aussetzung der Bürgerrechte notwendig machten. Als Symptome hierfür wurde das Ansteigen der weltweiten Gefängnis- und Lagerpopulationen sowie das Anwachsen von Slums dokumentiert und in die Problematik der „globalized eviction“, der weltweit stattfindenden Räumungen und Vertreibungen eingeführt.

Wie der Krieg in die Welt kommt...

IMI-Vorstand Jürgen Wagner begann den ersten Vortrag am Samstag, indem er darstellte, dass die westlichen Staaten als Reaktion auf die immer häufigeren Widerstände gegen die vorherrschenden internationalen Hierarchie und Ausbeutungsstrukturen eine Rekolonialisierung und damit eine vollständige Entsouveränisierung der restlichen Welt betreiben würden. Dies zeige sich anhand zahlreicher Protektorate mit quasi-kolonialen Charakter wie etwa in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan und im Irak, in denen sämtliche Entscheidungsbefugnisse auf die westlichen Staaten übergegangen seien. Zur Kontrolle dieser Kolonien würden sowohl die USA als auch

die Europäische Union, derzeit in großem Umfang zivil-militärische Besatzungsgruppen aufbauen. Diese setzten auf die Verzahnung politischer, developmentpolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente, wobei die Führung beim Militär verbliebe und damit vormalig zivile Akteure der Logik militärischer Interessensdurchsetzung unterworfen würden.

Der Europaabgeordnete und IMI-Vorstand Tobias Pflüger beschäftigte sich anschließend mit dem Argument, die Kriegseinsätze der Bundeswehr hätten den Export von Demokratie zum Ziel. Pflüger kritisierte diesen Ansatz nicht nur deshalb scharf, da sich das vorherrschende westliche Demokratiemodell nicht zwangsläufig überall auf der Welt und erst recht nicht von Außen installieren lasse, sondern vor allem, weil das Militär selbst demokratiefeindlich sei. Da das Töten von Menschen Kernbestandteil des Soldatenberufes sei, basiere ihre Ausbildung auf einer „systematischen Verrohung“ zum Abbau von Hemmnissen. Zudem seien Soldaten in eine völlig undemokratische Struktur von Befehl und Gehorsam eingebettet. Da es unmöglich sei, demokratische Strukturen und Verhaltensweisen auf das Militär zu übertragen, wie nicht zuletzt die jüngsten Skandale eindrucksvoll bestätigt hätten, sei die Armee für den Demokratieexport ein denkbar ungeeignetes Mittel. Dieser Widerspruch werde noch weiter dadurch verschärft, dass in den vermeintlich Demokratie exportierenden Ländern die demokratische Kontrolle der Auslandseinsätze durch das Parlament immer mehr eingeschränkt werde. Das ganze Konstrukt des militärischen Demokratieexports sei deshalb, so Pflügers Fazit, ein groß angelegter „Etikettenschwindel“ zur Verschleierung der eigentlichen Motive: Der Durchsetzung von ökonomischen und machtpolitischen Interessen.

Martin Hantke beschrieb die Ökonomie des erneuerten Kolonialismus anhand der Interventionen in Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo. In Afghanistan bereicherten sich demnach v.a. internationale Bau-, Sicherheits- und Beraterfirmen, deren Vertreter durch die so

genannten Hilfgelder der internationalen Gemeinschaft in Kabul eine neue Klasse von Superreichen darstellen und hierdurch den Unmut der ansässigen armen Bevölkerung auf sich ziehen würden. Hantke bezeichnete das Besatzungsregime in Afghanistan als ein System „organisierter Disfunktionalität“: Der Bau kaputter Straßen und maroder Krankenhäuser verschlinge Unsummen, werde von hoch dotierten westlichen Beratern geplant, deren Luxusleben durch Söldnerfirmen abgesichert werden müsse, weshalb kaum Geld für tatsächliche Hilfe für die afghanische Bevölkerung übrig bleibe. Im Kongo hingegen stelle der Einsatz von EU-Militär, das die Widerwahl Joseph Kabilas absicherte, eine Art „Investitionsschutz“ dar, da dieser unter den Augen der Bevölkerung die Reichtümer des Landes an westliche Firmen verschleudert hätte, so der Beirat der Informationsstelle Militarisierung.

Im Abendvortrag betonte der Völkerrechtler Prof. Dr. Gregor Schirmer, die im Völkerrecht niedergelegte Friedensordnung, deren Kernbestandteil das staatliche Gewaltverbot darstelle, befände sich in einer „existenziellen Krise.“ Dies manifestiere sich daran, dass versucht würde, immer mehr Ausnahmezustände zu schaffen, mit denen unter Bruch des Völkerrechts das staatliche Gewaltverbot unterlaufen und hierdurch Angriffskriegen zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen Tür und Tor geöffnet würden. Als eines von vielen Beispielen benannte Schirmer insbesondere das UN-Konzept der so genannten „Responsibility to Protect“, die zum Ziel habe, die „humanitäre Intervention durch die Hintertür“ zu etablieren. All diese Versuche seien aber, wie Schirmer deutlich hervorhob, mit dem Völkerrecht und seinem Gewaltverbot nicht zu vereinbaren, weshalb es notwendig sei, diese fundamentale Errungenschaft zu verteidigen und sich einer schleichenden Aushöhlung und „Zerstörung der völkerrechtlichen Friedensordnung“ massiv zu widersetzen.

... und als Bumerang zurück

Am Sonntag wurden die Folgen von Militarisierung und des globalem Kriegszustands auf die hiesigen politischen Systeme analysiert. Zunächst beschrieb IMI-Beirat Christoph Marischka die militärische Kontrolle der Migration. Er betonte, dass die Militarisierung der Außengrenze nicht der reinen Abschottung, sondern der aktiven Entrechtung einer durchaus erwünschten illegalisierten Immigration diene. Diese Militarisierung äußere sich in der Aneignung des Mittelmeers und der Kontrolle der zivilen Schifffahrt durch die Flotten-

verbände der NATO und der EU, einer Aufrüstung an zivil-militärischer Überwachungstechnologie und paramilitärischer Polizeieinheiten sowie durch die Kooperation mit anti-demokratischen Drittstaaten. Im Effekt müssten die ImmigrantInnen ihre Papiere vernichten, ihre Rechte aufgeben und ihr Leben riskieren. Diese - militärisch forcierte - Entrechtung sei paradoxerweise wiederum die „Eintrittskarte“, um sich in prekärer Legalität auf den europäischen Arbeitsmärkten zu verdingen, womit der Aufbau eines riesigen Niedrigstlohnsektors gefördert werde, wie anhand von Auszügen aus dem Beschluss der jüngsten Innenministerkonferenz belegt wurde.

Claudia Haydt, ebenfalls Mitglied im IMI-Vorstand, betonte, dass die Integration von Polizeikräften in militärische Auslandsmissionen im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf die Effektivierung der Besatzungsregime im Rahmen des erneuten Kolonialismus abziele. Damit würde die Polizei militarisiert, denn es sei keineswegs so, dass sie Recht exportiere, sondern im Gegenteil bewege sich ihre Arbeit im Ausland in einem unklaren rechtlichen Rahmen und sei häufig parteilich. Claudia Haydt beschrieb daraufhin diese Militarisierung am Beispiel der Bundespolizei und der European Gendarmerie Force. Letztere wurde Anfang des Jahres offiziell in Dienst gestellt und sei multifunktional, könne also unter militärischem und „zivilem“ Kommando innerhalb von 30 Tagen im Rahmen der EU eingesetzt werden. Hierdurch würden quasi-militärische Polizeieinheiten zur Aufstandsbekämpfung aufgebaut, die sowohl im Ausland, als auch im Inland, beispielsweise bei der Niederschlagung von Protesten der sozialen Bewegungen, zum Einsatz gebracht werden könnten. Dies zeige, so Haydts Fazit, dass Militarisierung der Außenpolitik und Repression in der Innenpolitik zwei Seiten derselben Medaille seien.

Im letzten Vortrag wies die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Ulla Jelpke, darauf hin, dass systematisch versucht würde, das gesetzliche Verbot von Bundeswehreinmärschen im Inneren auszuhöhlen. Beispielsweise werde bei zivilen Rettungsdiensten und Katastrophenschutz bewusst gespart, so dass oft nur der Einsatz von militärischem Personal und Ausrüstung in Frage käme, was auch verfassungsgemäß sei. Zudem werde die Bundeswehr bereits weit öfter im Inland eingesetzt, als gemeinhin angenommen, so etwa bei Gelöbnissen oder im Rahmen der so genannten Amtshilfe. Da Militäreinsätze zur „Terrorabwehr“, wie etwa das Luftsicherheitsgesetz, grundgesetzwidrig seien, strebe



Martin Hantke und Christoph Marischka während des Vortrags

die Bundesregierung eine Verfassungsänderung an. Gezielt werde die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik verwischt, so Jelpke: „Wer der Meinung ist, am Hindukusch werde Deutschland verteidigt, der hat den Verteidigungsbegriff völlig entgrenzt. Wer keine geographische Begrenzung und keine Landesgrenzen für den Einsatz seiner Armee akzeptieren will, warum sollte der ausgerechnet vor der eigenen Landesgrenze Halt machen? Solch eine Haltung läuft zwangsläufig darauf hinaus, in Tübingen und Berlin mit den gleichen Methoden zu experimentieren wie in Kabul oder Pristina.“ Die gegenwärtige Aufhebung der Grenzen zwischen Polizei und Geheimdiensten, zwischen Polizei und Militär, Militär und Katastrophenschutz sowie zwischen Innen- und Außenpolitik seien, so Ulla Jelpke, Symptome einer völligen Entgrenzung des Krieges, gegen den sich schnellstens zur Wehr gesetzt werden müsse.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Formen des Ausnahmezustands, des Katastrophenfalls etc. diskutiert. Deutlich gefordert wurde, dass explizit zivile Mittel für den Katastrophenschutz bereitgestellt werden und Versuchen, bspw. das THW weiter in militärische Einsätze zu integrieren, entgegengetreten werden müssten. Verschiedene Redner wiesen darauf hin, dass der Krieg nach Außen auch den Inneren Frieden gefährden würde und deshalb auch im Kontext des Sozialabbaus gesehen werden müsste. Denn die Hochrüstung entzöge nicht nur Gelder für dringend benötigte Sozialausgaben, sondern es sei zudem festzustellen, dass durch die immer repressiver werdende Sozialpolitik mehr und mehr Jugendliche förmlich zum Dienst in der Armee gezwungen würden, da sie die

einzigste Berufsperspektive darstelle. Einheitlich wurde die Initiierung einer Kampagne zum Abzug aller deutschen Soldaten von ihren Auslandseinsätzen befürwortet. Denn unter dem Titel „Holt die Soldaten Heim!“, ließen sich sämtliche politischen Schlussfolgerungen des Kongresses griffig zusammenfassen:

- **Beendigung sämtlicher Einsätze der Bundeswehr!**
- **Absage an das Konzept der Zivil-militärischen Zusammenarbeit - gegen eine Militarisierung ziviler Akteure!**
- **Kein Militär und keine Polizeisoldaten weder im Ausland, noch im Inland!**
- **Keine Einsätze der Bundeswehr im Inland!**
- **Abrüstung statt Sozialabbau!**

Auf der Mitgliederversammlung der Informationsstelle Militarisierung 19. November wurden u.a. die Vorstände und Beiräte für die nächsten zwei Jahre gewählt:

IMI-VORSTAND: Jürgen Wagner (geschäftsführend); Andreas Seifert (Kassierer); Claudia Haydt (erweiterter Vorstand); Christoph Marischka (erweiterter Vorstand); Tobias Pflüger (erweiterter Vorstand).

IMI-BEIRÄTE (alphabetisch): Andre Bank; Gerhard Bausch; Dr. Werner Brill; Martina Bühler; Bärbel Danner; Dirk Eckert; Klaus D. Fischer; Thomas Geyer; Till Gocht; Kevin Gurka; Michael Haid; Martin Hantke; Lühr Henken; Lydia Krüger; Arno Neuber; Thomas Pfister; Markus Pflüger; Johannes Plotzki; Dr. Silke Reinecke; Uwe Reinecke; Adolf Riekenberg; Martin Spreng; Bernhard Strasdeit; Daniel Weitbrecht.

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Waffen verschollen

Bei einer Rechnungsprüfung in den USA wurde festgestellt, dass 14.030 Waffen, die an die irakischen Sicherheitskräfte geliefert werden sollten, im Irak abhanden kamen, darunter halbautomatische Pistolen, Maschinengewehre und Granatwerfer. Wer damit nun auf wen schießt wird jedoch unklar bleiben: Nur jede dreißigste Waffe, die offiziell in den Irak geliefert wird, ist registriert.

Keine intellektuelle Auseinandersetzung

„Wir geloben, zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ stand auf einem Plakat, das AktivistInnen während eines Gelöbnisses der Bundeswehr in Köln vom Dom entrollten. Das Amtsgericht Köln konnte auch nach minutenlangen Ausführungen der Beschuldigten zur Umstrukturierung der Bundeswehr „keine intellektuelle Auseinandersetzung“ mit dem Inhalt ihrer Aktion erkennen und verurteilte sie wegen Beleidigung der Rekruten und Hausfriedensbruchs zu 60 Tagessätzen. Mit dem Vorwurf der Volksverhetzung scheiterte die Staatsanwaltschaft jedoch. Neben ihr saß, getarnt als Praktikantin, während der Verhandlung eine Prozessbeobachterin der Bundeswehr.

Paramilitarisierung Mexicos

Um gegen den Aufstand in Oaxaca vorzugehen, bauen Regierung und der abgesetzte Gouverneur Ulises Ruiz zunehmend paramilitärische Gruppen auf. Kleinere Gruppen bewaffneter Männer in zivil führen schon seit Wochen sporadische Angriffe auf die Barrikaden und Versammlungen durch und schießen wahllos in Menschenmengen. Ziel ist es offensichtlich, durch Terror die Bevölkerung einzuschüchtern und von der Unterstützung des Aufstands abzubringen. In Mexico City wie in Oaxaca gab es außerdem Brand- und Bomben-Anschläge, welche nach Angaben der Regierung von der APPO („Volksversammlung der Völker Oaxacas“) verübt wurden. Die APPO hingegen distanziert sich und glaubt, die Paramilitärs sollten mit diesen Anschlägen die Bewegung diskreditieren. Bei den jüngsten Angriffen auf die Stadt am 27.11. sollen fünf Menschen umgekommen und 20 durch Metallgeschosse verletzt worden sein. Über den Einsatz militärischer Gerätschaft-

ten wird berichtet. Über hundert namentlich bekannte Gefangene wurden in den abgelegenen Bundesstaat Nayarit verlegt.

Wer andern eine Festung gräbt...

Das unterirdische Fort Pannerden nahe der deutschen Grenze wurde nach seiner Aufgabe durch das Militär bereits im Jahr 2000 von AktivistInnen besetzt, die ein Museum einrichteten, Führungen organisierten und Umwelt-Projekte in der Umgebung durchführten. Die Verwaltung der anliegenden Gemeinde forderte sie jedoch im April 2006 dazu auf, das Fort zu räumen, da sie dort ein eigenes Museum und ein Restaurant einrichten wollte. In den Morgenstunden des 7.11.2006 rückte dann die Polizei in Begleitung von Spezialeinheiten und Militärpanzern an, dennoch dauerte die Räumung Tage, denn ein Fort mit Barrikaden, Zugbrücke, Graben und 126 Räumen ist nicht so leicht einzunehmen. Am 25.11. wurde das Fort von 80 „Kraakern“ erneut besetzt. Die Stadt kündigte wieder eine unmittelbare Räumung an, die Stimmung der Bevölkerung ist aber eindeutig gegen einen erneuten Militäreinsatz.

KSK macht Schlagzeilen

Die Einsätze des Kommando Spezialeinheiten sind bekanntlich grundsätzlich geheim. Manchmal dringt jedoch trotzdem etwas in die Schlagzeilen und dann meist nichts Gutes. Der Stern veröffentlichte Fotos eines Jeeps, der zur Truppe gehören soll und mit dem Emblem des Afrika-Korps der Wehrmacht besprüht war. Dieser Jeep samt Emblem soll auch im Stützpunkt im baden-württembergischen Calw und in Afghanistan gesichtet worden sein.

Der Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Peter Wichert gab nach Angaben von n-tv zu, KSK-Soldaten wären zur „Wachverstärkung“ der US-Streitkräfte in afghanischen Gefangenenlagern beispielsweise auf den Wachtürmen eingesetzt worden, hätten an Streifengängen innerhalb des Lagers, in dem Murat Kurnaz aus Bremen widerrechtlich festgehalten wurde, teilgenommen und beim Transport von Gefangenen, die teilweise in Guantanamo landeten, geholfen. Am 15.11. starb ein Angehöriger des KSK bei Schießübungen mit scharfer Munition in Messtetten auf der schwäbischen Alb.

Landsleute nicht erkannt

Zu einem diplomatischen Eklat kam es zwischen Deutschland und dem Jemen. Grund: Angestellte der jemenitischen Botschaft erkannten Menschen nicht als Landsleute, die aus Deutschland in den Jemen rückgeführt werden sollten und verhinderten damit deren Abschiebung. Die deutsche Regierung hegte daraufhin den Verdacht, es handle sich um eine systematische Verweigerung und lies Telefongespräche aus der Botschaft abhören. Diese lieferten wohl ausreichende Beweise, um den Jemen unter Druck zu setzen, der mittlerweile die betroffenen Diplomaten aus Deutschland abzog.

Afghanistan statt ALG II

In Sachsen-Anhalt und Thüringen läuft bereits seit dem Frühjahr ein Projekt zur „Gewinnung arbeitsloser Jugendlicher als Soldat auf Zeit bei der Bundeswehr“. Insbesondere in Ostdeutschland besucht die Truppe Arbeitsagenturen und stellt sich in den Berufs-Informationszentren Jugendlichen vor. Man wolle den Jugendlichen Chancen bieten und strukturschwachen Regionen so helfen. Freilich geht es aber nicht nur um die Vergabe gut bezahlter Ausbildungsplätze, sondern auch um Nachschub für die Auslandseinsätze. In Grünau bei Berlin wurde am „Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost“ die Initiative „Arbeitgeber Bundeswehr“ gestartet, wo die Jugendlichen durch „zielgerichtetes Kompetenztraining“ ganz klar auf Auslandseinsätze vorbereitet werden. Insbesondere deshalb fällt die Resonanz bisher schlechter aus, als erwartet. In Afghanistan sind gegenwärtig über 200 Wehrdienstleistende im Einsatz.

In den USA melden sich immer mehr MigrantInnen zur Armee. Insbesondere nach Auslands- und Kampfeinsätzen können sie dadurch eine US-Staatsbürgerschaft erlangen, selbst wenn sie zuvor nicht einmal legal in den USA wohnhaft waren.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154